44. Dienstag den 22. Februar 1859. 44.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Februar. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem bevollmächtigte Minister bei der Deutschen Bundesversammlung, Geheimen Legationsrath von Bismarck-Schönhausen, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem K. portugiesischen Kammerjunker Franz Gerschey-Gersits zu Lissabon den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem emeritirten Schullehrer Hoeckendorf zu Starkow, im Kreise Stolp, das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Brunnen- und Röhrenmeister August Friedrich Prütz zu Stettin das Prädikat eines K. Hof-Brunnen- und Röhrenmeisters zu verleihen; auch dem kommandirenden General des Gardekorps, General-Lieutenant Prinzen August von Württemberg K. H., die Erlaubniß zur Anlegung des ihm von des Herzogs von Nassau Hoheit verliehenen Großkreuzes des Haus-Ordens vom goldenen Löwen; so wie dem Kommandeur des 17. Infanterie-Regiments, Obersten von Klaß, und dem Sekonde-Lieutenant Ehrhardt I. desselben Regiments, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein K. H. ihnen verliehenen resp. Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Ludwigs-Ordens und Ritterkreuzes vom Verdienst-Orden Philipps des Großmüthigen zu ertheilen.

Der bisherige Kreisgerichtsrath Ferdinand Adolph Schmidt zu Gumbinnen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Graudenz und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Graudenz und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Kreisgerichtsrath" vom 1. April d. J. ab den Titel „Justizrath" zu führen.

Ihre K. Hoheit die Prinzessin von Preußen ist gestern von Weimar wieder hier eingetroffen.

Se. K. H. der Großherzog und Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin sind vorgestern nach Schwerin abgereist.

Abgereist: Der Erb-Truchseß in der Kurmark Brandenburg, von Graevenitz, nach Queetz.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Montag, 21. Februar Vormittags. Die „Arabia" ist mit 69,804 Dollars an Kontanten und Nachrichten aus Newyork vom 8. d. eingetroffen. Nach daselbst aus Mexiko eingegangenen Berichten hatte der Gesandte der nordamerikanischen Freistaaten, John Forsyth resignirt, General Miramon die Hauptstadt am 26. v. Mts. erreicht und den Präsidenten Zuloaga wieder eingesetzt. In Hayti hatte die Revolution sich über das ganze Reich verbreitet, und blutige Gefechte hatten stattgefunden. Der Kaiser Soulouque war stark bedrängt. Die „Asia" und der „Kangaroo" waren aus Europa in Newyork eingetroffen.

London, Montag, 21. Februar Nachmittags. Ueber Malta hier eingetroffene telegraphische Nachrichten aus Kalkutta vom 28. v. Mts. melden, daß Rebellen, die aus Nepal in Rohilcund eingefallen waren, eine furchtbare Niederlage erlitten haben. Der Kurs auf London war in Kalkutta 2 Sh. ¾ D.

Nach aus Hongkong eingegangenen Berichten vom 15. v. Mts. hatte Lord Elgin Shanghai erreicht. Von Kanton hatten die Engländer ein siegreiches Gefecht gegen Angreifer, die, wie es heißt, von der Regierung aufgehetzt waren, bestanden. Das Geschäft war in Hongkong flau, der Kurs auf London 4 Sh. 5½ D. In Shanghai war der Kurs auf London 6 Sh. 4 D. Die Theepreise waren daselbst gestiegen.

(Eingeg. 22. Febr., 9 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. Febr. [Die Stimmung der finanziellen und der politischen Kreise; eine Verrechnung in Sachen Schleswig-Holsteins; Landrath v. Diest.] Noch immer ist in der Stimmung der Gemüther eine Doppelströmung zu erkennen: während in den höheren Kreisen der Diplomatie die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch keineswegs aufgegeben ist, greift in den finanziellen Regionen eine Entmuthigung Platz, als wenn Europa am Vorabend eines allgemeinen Vernichtungskampfes stände. Die heutige Börse war, ohne daß irgend eine neue Thatsache zur Kenntniß kam, einem panischen Schrecken Preis gegeben, welcher nicht bloß den Kurs der östreichischen Spielpapiere um viele Prozent herunterwarf, sondern auch den Werthstand der solidesten Effekten wesentlich beeinträchtigte. Dagegen wird von einsichtigen und bewährten Staatsmännern vielfach versichert, daß die eben so ruhige, als feste Haltung Englands und Preußens ein etwaiges kriegerisches Gelüste Frankreichs im ersten Keime ersticken müsse. Man darf jedoch ebensowenig in den Ansichten der Diplomaten, wie in den Stimmungen der Börse den Schlüssel für das Geheimniß der Zukunft finden wollen. In beiden Regionen spiegelt sich nur der Eindruck des Augenblicks wieder, und in beiden Regionen haben oft die Leiter der Bewegung ein Interesse daran, den Irrthum, statt der Wahrheit zu verbreiten. Sicher ist nun, daß England und Preußen vereinte Anstrengungen machen, nur in Betracht der römischen Okkupationsfrage eine Art von Verständigung anzubahnen und daß Oestreich dazu die Hand bietet. Es ist wieder die Rede davon, daß die Streitkräfte Oestreichs und Frankreichs gleichzeitig den Kirchenstaat räumen und etwa durch ein spanisches Truppenkorps ersetzt werden sollen, bis der römische Stuhl, nach Einführung zweckmäßiger Reformen und nach Organisation eines eigenen Heereskörpers im Stande ist, des fremden Schutzes gänzlich zu entbehren. Es fragt sich jedoch, ob dieses Projekt, welches man als einen politischen Blitzableiter gegen die Napoleonischen Ideen betrachtet, auch in der That eine aufrichtige Förderung von Seiten des Tuilerien-Kabinets finden wird. — Während im Süden Europa's der politische Himmel immer gewitterschwüler wird, scheinen auch die nordischen Zerwürfnisse sich immer mehr zu verwickeln. Es wird von unterrichteter Seite gemeldet, daß der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (derselbe steht im Heeresdienst Preußens) Erklärungen an die Krone Dänemark gerichtet hat, aus welchen hervorgeht, daß er auf seine Erbfolge-Rechte in den Herzogthümern, trotz der neuen im Londoner Protokolle vom Jahre 1852 anerkannten Erbfolge-Ordnung, nicht verzichtet (s. unten). Der Vater des Erbprinzen, der Herzog Christian, hatte zwar mit Dänemark eine Art von Kompromiß geschlossen; doch enthält dasselbe keine förmliche Entsagung für ihn und seine Rechtsnachfolger. — Der k. Landrath v. Diest in Elberfeld ist vor Kurzem seiner Stellung enthoben und in Disziplinar-Untersuchung gezogen worden, weil mancherlei Beschwerden über sein Verhalten bei den jüngsten Wahlen, namentlich über seinen Widerstand gegen die Kandidatur des Ministers v. d. Heydt, laut geworden waren. Es heißt, daß die Regierung geneigt war, die Sache als unerheblich fallen zu lassen und Herrn v. Diest einen anderen Wirkungskreis anzuweisen. Der Letztere soll jedoch die Fortsetzung der Untersuchung in seinem eigenen Interesse gewünscht haben.

(Berlin, 21. Febr. [Vom Hofe; Dr. Büchsel; Festlichkeiten.] Der Prinz-Regent arbeitete heute Vormittag mit dem Geheimrath Illaire, dem Minister v. Auerswald, und empfing später den diesseitigen Gesandten am dänischen Hofe, Grafen v. Oriolla, der einige Zeit am Krankenbette seiner Mutter in Schlesien verweilte und jetzt im Begriff steht, auf seinen Posten nach Kopenhagen zurückzukehren. Mittags hatten mehrere höhere Offiziere die Ehre des Empfanges. Nachmittags 5 Uhr fand beim Prinz-Regenten Tafel statt, zu welcher der Fürst von Hohenzollern, der Graf v. Oriolla und mehrere andere hochgestellte Personen Einladungen erhielten. Abends wollten die hohen Herrschaften die Balletvorstellung im Opernhause besuchen. — In Aller Munde ist gegenwärtig ein durch den General-Superintendenten Dr. Büchsel hervorgerufener Vorfall. Derselbe weigerte sich nämlich, einen hiesigen Professor der Akademie der Künste aufzubieten, weil er von seiner ersten Frau geschieden war, und es mußte darum gestern auf Anordnung des Ober-Kirchenrathes der Prediger Kaiser von der Parochialkirche in der Matthäikirche für Büchsel predigen und darauf das kirchliche Aufgebot vollziehen. Leider war ich verhindert, dem Gottesdienste beizuwohnen, doch höre ich, daß Kaiser mit seinem Freunde Büchsel auf demselben kirchlichen Boden steht. Gestern Nachmittag predigte Dr. Büchsel wieder unter gewaltigem Andrange. Man ist sehr gespannt, welche Folgen dieses Auftreten eines Geistlichen in unserer Stadt haben wird; jedenfalls wird unser Abgeordnetenhaus nicht unterlassen, den Fall gründlich zu erörtern. Der General-Superintendent hat eine sehr bedeutende Zahl von Anhängern in allen Ständen, und diese heißen seinen Schritt gut. Es ist sogar von einer Dankadresse die Rede, die ihm für sein entschiedenes Auftreten dargebracht werden soll. Man nennt einen hochgestellten Juristen als denjenigen, welcher diesen Gedanken angeregt habe; ich gebe Ihnen dies Gerücht, weil es in der Stadt umgeht und viele Gläubige findet. — Bei dem französischen Gesandten, Marquis de Moustier, ist heute Soirée, morgen Nachmittag bei dem englischen Gesandten Lord Bloomfield Diner, und Abends versammelt sich die hohe Gesellschaft bei dem Finanzminister v. Patow. — Im Laufe der nächsten Woche soll wieder beim Prinz-Regenten eine große Assemblée sein, und in dieser die Vorstellung wiederholt werden, welche am Geburtstage der Frau Prinzessin Karl aufgeführt wurde.

— [Kabinetsordre an den Oberkirchenrath.] Se. K. Hoh. der Prinz-Regent hat unter dem 10. d. Mts. nachstehende Allerhöchste Kabinets-Ordre an den Evangelischen Oberkirchenrath erlassen:

Auf den Bericht vom 25. November v. J. eröffne Ich dem Evangelischen Oberkirchenrath, daß die von Mir bereits unterm 17. Januar v. J. angeordneten Berathungen über die nothwendige Verbesserung des Eherechtes im Wege der Gesetzgebung sich im Gange befinden. Da sich indessen nicht absehen läßt, ob Mein Wunsch, diesen Gegenstand im Gebiete des Staates erledigt zu sehen, schon in der nächsten Zeit wird in Erfüllung gehen können, und da eine Uebereilung in dieser wichtigen Angelegenheit in jedem Falle sehr nachtheilig sein würde, so halte Ich es für nothwendig, daß wenigstens die kirchliche Behandlung der Sache fester bestimmt werde. In dieser Beziehung habe Ich mit Befriedigung wahrgenommen, daß der Evangelische Oberkirchenrath bei den von ihm getroffenen Rekursentscheidungen der Pflicht der Mäßigung und Besonnenheit, welche die Rücksicht auf die vorhandene Uebergangsperiode, auf die Lage des Staates und auf die Verschiedenheit der Meinungen in der Kirche selbst ihm empfohlen hat, eingedenk gewesen ist. Ich habe jedoch andrerseits zu erkennen Gelegenheit gehabt, daß dieser Standpunkt des Evangelischen Oberkirchenraths den Mitgliedern der Kirche nur ungenügend bekannt ist, woraus zum Theil die Mißverständnisse hervorgegangen sind, welche die ohnehin schwierige Frage noch mehr erschwert und verdunkelt haben. Aus diesem Grunde halte Ich es für angemessen, daß der Evangelische Oberkirchenrath über die Grundsätze seines Verhaltens sich öffentlich ausspreche, und damit zugleich erkennen lasse, in welcher Weise er die künftig an ihn gelangenden Gesuche beurtheilen werde. Was der Evangelische Oberkirchenrath in dieser Beziehung Mir vorgetragen hat, wird dabei vorläufig die Grundlage abgeben können. Daß es eben nur als etwas Vorläufiges werde bezeichnet werden, und daß das Mißverständniß, als ob es sich um einen dogmatischen Ausspruch der Kirche handle, werde abgewendet werden, setze Ich voraus. Aber gerade weil der Erlaß eines Kirchengesetzes in dieser Angelegenheit vor weiterer Entwickelung der kirchlichen Verfassung nicht erfolgen kann, halte Ich noch ein Anderes für erforderlich. Ich habe aus den leider in großer Zahl an Mich gelangten Immediatbeschwerden und aus dem Bericht des Evangelischen Oberkirchenraths ersehen, daß die Konsistorien nicht selten eine andere Richtung verfolgen und ihren Entscheidungen andere Grundsätze unterlegen, als die vorgesetzte Behörde. Dies würde in gewöhnlichen Verhältnissen kein Uebel sein, weil in der höhern Instanz eine andere Absicht in maaßgebender Weise geltend gemacht werden kann. Bei der besonderen Natur der hier in Rede stehenden Angelegenheiten unterliegt jedoch der vorhandene Zwiespalt in den Entscheidungen wesentlichen Bedenken. Ich halte es daher für angemessen, ihn zu beseitigen, und bestimme deshalb in weiterer Entwickelung der Ordre vom 8. Juni 1857, daß künftig die Konsistorien, wenn ihnen von den Geistlichen, bei welchen ein geschiedener Ehegatte Behufs seiner anderweiten Verheirathung Aufgebot oder Trauung nachsucht, hierüber die vorgeschriebene Anzeige gemacht wird, und sie nicht die Genehmigung ertheilen zu dürfen glauben, sich der Entscheidung enthalten und nach erledigter Instruktion lediglich gutachtlichen Bericht an den Evangelischen Ober-Kirchenrath erstatten, und dieser dann darüber nach Maaßgabe der vorliegenden Materialien zu entscheiden haben soll. Auf diesem Wege, hoffe Ich, wird der bestehende beklagenswerthe Konflikt bedeutend an Ausdehnung verlieren, zumal wenn es dem Evangelischen Ober-Kirchenrath gelingt, durch eigene Praxis und Belehrung seiner milderen Auffassung auch bei den Konsistorien Eingang zu verschaffen. Indem Ich dem Evangelischen Ober-Kirchenrath überlasse, hiernach das Weitere einzuleiten, vertraue Ich, daß die Geistlichen in den Fällen, wo die Kirchenbehörde die Einsegnung für zulässig erklärt, den Weisungen der verordneten Obrigkeit willig genügen werden. Sollte diese Erwartung nicht in Erfüllung gehen, so will Ich zwar in Uebereinstimmung mit der Ordre vom 30. Januar 1846 einen Zwang auch jetzt noch nicht angelegt wissen, dagegen ermächtige Ich den Evangelischen Ober-Kirchenrath, in solchem Falle für Aufgebot und Trauung einen anderen Geistlichen zu substituiren. Wenn endlich der Evangelische Ober-Kirchenrath eine Instruktion in Betreff besserer Behandlung der Sühneversuche an die Geistlichen erlassen zu dürfen bittet, so halte Ich dies für angemessen, und überlasse demselben, demnach auch in dieser Beziehung das Weitere zu verfügen.

Oestreich. Wien, 20. Febr. [Zur Konferenz.] Die „Ostd. Post" schreibt: „Der „Moniteur" zeigt heute den bevorstehenden Zusammentritt einer Konferenz in Paris amtlich an, indem er ausdrücklich die Grenzen angibt, innerhalb deren sie sich zu bewegen, und den Gegenstand, über welchen sie zu berathen hat. Die Konferenz tritt auf das ausdrückliche Verlangen der Pforte zusammen. In der betreffenden Depesche zählt das türkische Kabinet die zahlreichen Illegalitäten auf, welche bei den Wahlen sowohl in Bukarest, als in Jassy stattgefunden haben; sie weist nach, daß Oberst Cousa die von der Konvention vorgezeichneten Eigenschaften nicht habe, die zur Würde eines Hospodaren nothwendig seien, indem er weder das Alter von 35 Jahren erreicht habe, noch im Besitze des vorschriftsmäßigen Privateinkommens sich befinde 2c. Sei nun schon die aus illegalen Wahlakten hervorgegangene Wahl zum Hospodaren der Walachei unmöglich anzuerkennen, so sei die Doppelwahl vollends eine Verhöhnung sowohl des Wortlautes, als des Geistes der Pariser Konvention. Die Pforte verlange daher, daß die Bevollmächtigten des Pariser Kongresses sich versammeln, um gemeinschaftlich die Mittel zu berathen und festzustellen, mittelst deren die gesetzliche Ordnung und die Achtung vor den Verträgen in den Fürstenthümern hergestellt werde. Nicht etwa eine Berathung über die Bestätigung oder Nichtbestätigung der Doppelwahl ist es, was die Pforte von der Konferenz verlangt, sondern sie will sich mit den Bevollmächtigten in Einklang setzen über die Maaßregeln zur Aufrechterhaltung des notorischen und verbrieften Rechts. Daß die Pforte mit diesem Verlangen in Paris auf Widerstand stoßen werde, ist nicht zu bezweifeln. Weil die Agitationspartei in der Moldau-Walachei den europäischen Vertrag den Mächten zerrissen vor die Füße wirft, muß man sie dafür belohnen!"

Baden. ‖ Freiburg, 19. Febr. [Wirkung der Kriegsfrage; der Kirchenstreit; der Winter.] Wenn eine Ursache je mal eine entgegengesetzte Wirkung hervorbrachte, so war es die brennende Frage des Augenblickes. Statt uns einzuschüchtern durch studirte Reden und Vorführung der Allmacht des französischen Volkes, ist unser Patriotismus heraufbeschworen, und zwar in einer Weise, wie er seit 1813 nicht mehr wach war. Nicht nur in allen Blättern sieht man dies Erwachen, sondern überall giebt sich auch bei uns am Oberrheine dasselbe zu erkennen; ja, es zeigt sich selbst bei denen, die sonst napoleonisch gesinnt waren, wie einige alte Militärs, die vielleicht mit Vergnügen und Stolz die Medaille von St. Helena getragen hätten. Sie begreifen jetzt endlich, daß bei den Franzosen die angebliche Herstellung eines einheitlichen Italiens nur den Vorwand bilden soll, da ja schon mehrere Broschüren das Kriegstheater gern an den Rhein verlegen möchten. Das leicht bewegliche französische Volk wäre auch selbst nach den traurigen Erfahrungen von 1813—15 leicht zu solchen Schritten zu bewegen. Schon haben viele Regimentsvorstände, nach Briefen, welche wir gesehen, ihre Soldaten aufmerksam gemacht auf die bevorstehende Eventualität. Ueberall unter dem französischen gemeinen Volke herrscht der Wunsch vor, daß Oestreich, „das politisch verwahrloste Oestreich", aus Italien vertrieben werden müsse, während allerdings die meisten intelligenteren Köpfe im Allgemeinen gegen den Krieg sind. Mögen indeß die Franzosen immerhin den Krieg wollen, der ihnen jedenfalls verderblicher sein würde, als uns: sie haben uns doch einen großen Dienst erwiesen, sie haben den deutschen Patriotismus geweckt. — Seit der Denkschrift des Episcopats der Oberrheinischen Kirchenprovinzen vom März 1851, der zweiten von derselben Behörde im folgenden Jahre und der Schrift des Bischofs v. Ketteler: „Das Recht und der Rechtsschutz der katholischen Kirche in Deutschland" (1854), ist außer den mannichfachen sich hieran knüpfenden Zeitungsartikeln, wenig erschienen, was die Sache der kirchlichen Partei wesentlich gefördert hätte. Ueberall aber ward in den Schriften der genannten Partei ein retrogrades Bestreben, eine Wiederaufnahme der kirchlichen Formen des Mittelalters wahrgenommen. Kaum hätte man glauben sollen, daß wissenschaftlich gebildete Männer, denen noch überdies die Bildung der künftigen Priester, Richter und Philosophen anvertraut ist, sich an die Spitze solcher anachronistischen Bestrebungen stellen würden. Sie haben zwar ihre Abfertigung gefunden, und besonders mußten sie an dem Widerstand der Regierungen von Württemberg, Baden, Hessen und Nassau sehen, wie vergeblich ihre Bemühungen sein dürften. Jetzt soll, wie wir vernehmen, die kirchliche Frage auch wieder aufgenommen und in einer demnächst erscheinenden sehr gründlichen Schrift erörtert werden. Es wäre zu wünschen, daß die Frage endlich zum Abschluß käme, da viele Geistliche seit den langen Jahren des Streites sehr darunter zu leiden haben. — Der heurige Winter zeichnet sich durch seine milde Witterung aus. Auf dem Schwarzwalde ist bereits aller Schnee, selbst auf bedeutenderen Höhen zerschmolzen, was für diese Jahreszeit auffallend ist. In manchen Gegenden, die sonst zu den rauhesten dieses Gebirges gerechnet werden, trifft man unter der leichten Schneedecke ganze Stöme von Wasser, die als Wasserfälle über die Felsen herab stürzen, und so Erscheinungen hervorbringen, wie man sie sonst nur im April oder Mai wahrzunehmen pflegt. Doch fürchtet man, daß nachfolgender Frost noch Schaden bringen könnte.

Frankfurt a. M., 20. Febr. [Protest des Erbprinzen von Augustenburg.] Berichten aus Kopenhagen zufolge ist dort in der Mitte des vorigen Monats ein Schreiben des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg an den König eingetroffen, von welchem bis jetzt Seitens des Ministeriums nur einzelnen bevorzugten Gesandten eine Mittheilung gemacht worden ist. Das Schreiben bezieht sich auf die von der dänischen Regierung bei den holsteinschen Ständen beantragte Anerkennung der Erbfolge des Londoner Protokolls, und bittet den König, diesen Antrag zurückzuziehen. Der Prinz erklärt in diesem Schreiben zugleich, daß, falls

diese Bitte vergeblich sein sollte, er gegen jede Beeinträchtigung seines Erbfolge-Rechtes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, wie in der dänischen Monarchie überhaupt protestire. Bekanntlich fehlt dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 noch die Zustimmung der zur Erbfolge berechtigten Agnaten. Man konnte damals von dänischer Seite nicht mehr erreichen, als daß der Herzog von Augustenburg erklärte, gegen die neue Thronfolge-Ordnung nicht aktiv auftreten zu wollen, eine Erklärung, welche ihrer Natur nach persönlich war und nicht einmal einen Verzicht enthielt. Weder der Erbprinz, noch irgend ein anderer Erbfolge-Berechtigter hat sich in irgend einer Weise gebunden. Man darf daher gespannt darauf sein, was die dänische Regierung gegenüber diesem Proteste beschließen wird. (K. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 17. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung beantragt Lord Bury die zweite Lesung seiner Bill, welche die Verheirathung eines Wittwers mit der Schwester seiner verstorbenen Frau legalisirt. Die Sache ist schon so häufig im Parlament verhandelt worden, daß von neuen Argumenten für und wider nicht füglich die Rede sein kann. Eine Unterbrechung erleidet die Debatte über einen Gegenstand, bei welchem Christenthum und heilige Schrift so häufig herhalten mußten, durch die Einführung des neuen Parlamentsmitgliedes für Hythe, des jüdi- Abgeordneten Baron Meyer v. Rothschild. Der rechtgläubige Newdegate sucht dem Israeliten zwar noch einen Stein des Anstoßes vor die Schwelle zu legen; doch werden seine formellen Gründe nicht als stichhaltig befunden, und Hr. v. Rothschild leistet den Eid mit Auslassung der Worte: „und ich gebe diese Erklärung auf den wahren Christenglauben ab". Eingeführt worden war der neue Volksvertreter durch Lord J. Russell und Herrn J. A. Smith. Die Debatte über das Bury'sche Ehegesetz wird sodann wieder aufgenommen, und die zweite Lesung wird, nachdem Lord J. Russell für und Walter gegen die Bill gesprochen hat, mit 135 gegen 77 Stimmen beschlossen.

— [Das Oberhaus.] Vorgestern ist ein amtliches Verzeichniß der Oberhaus-Mitglieder veröffentlicht worden. An der Spitze der Liste steht der Prinz von Wales, dann folgt der König von Hannover als Herzog von Cumberland und Teviotdale, und der Nächste in der Reihe ist der Herzog von Cambridge. Den genannten Peers schließen sich in nach der Rangstufe geordneter Reihenfolge an: John Bird, Erzbischof von Canterbury, der Lordkanzler, Thomas, Erzbischof von York, John George, Erzbischof von Armagh, der Lord-Präsident des geheimen Rathes (Marquis von Salisbury), der Geheim-Siegelbewahrer (Earl v. Hardwicke) und Henry Grenville, Herzog von Norfolk, Erb-Marschall von England. Gleich nach dem Herzog von Norfolk kommt der Herzog von Somerset, und der Herzog von Cleveland schließt die Liste der Herzoge. Unter den die Marquis-Würde bekleidenden Peers eröffnet der Marquis v. Exeter (Oberhofmeister) den Reigen, und als Letzten finden wir den Marquis v. Dalhousie aufgeführt. Als erster der Earls steht Earl Delawarr (Ober-Kämmerer), als letzter Lord Cowley da. Der erste Viscount ist Viscount Hereford, der letzte Viscount Eversley, besser unter seinem früheren Namen Shaw Lefevre bekannt, der ehemalige langjährige Sprecher im Hause der Gemeinen. Der Etiquette gemäß folgen die Bischöfe den Viscounts, haben aber Vorrang vor den gewöhnlichen Lords (Baronen). An der Spitze der Bischöfe steht der von London, und der letzte ist der Bischof von Cork, Cloyne und Roß. Die Barone oder gemeinen Lords werden von Lord de Ros angeführt, und im allerhintersten Hintertreffen steht Lord Kingsdown. Der vorletzte ist Lord Clyde, der ehemalige Sir Colin Campbell.

— [Die Veranschlagungen für die Flotte], so wie sie jetzt dem Parlament gedruckt vorliegen, sind viel niedriger ausgefallen, als man erwartet hatte. Sie betrugen im verflossenen Jahre 8,851,371 Pfd., und sollen diesmal 9,813,181 Pfd., somit im Ganzen nur 961,810 Pfd. mehr betragen. Geht man genauer auf die Veranschlagungen ein, so findet man, daß von diesen neugeforderten 961,810 Pfd. der bei weitem größte Theil zu Schiffsbauten u. dgl. verwendet werden soll, und daß 335,000 Pfd. allein für Schiffsmaschinen ausgeworfen sind. Die Bemannung wird bestehen: aus 38,000 Offizieren, Matrosen und Jungen auf den eigentlichen Kriegsschiffen; 2000 Offiziere und Matrosen auf Proviantschiffen ꝛc.; 4000 auf den Küsten-Wachtschiffen; 3400 auf den Wachtstationen an der Küste selbst, somit zusammen 47,400 Mann, wozu noch 15,000 Seesoldaten zu rechnen sind. Eingeschlossen in die Marine-Vorschläge sind wie immer die Kosten der Postdampfer. Dieser Dienst ist auf 991,596 Pfd. veranschlagt. Er betrug im verflossenen Jahre 988,488 Pfd.

London, 18. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaussitzung fragt Earl Grey, ob der in den Zeitungen erschienene Bericht über gewisse Vorschläge, die Gladstone als Lord-Oberkommissar der jonischen Inseln gemacht habe, authentisch sei; ferner, wenn dies der Fall, ob diese Vorschläge von der britischen Regierung gutgeheißen worden seien und ob das Ministerium etwas dagegen habe, dem Hause die betreffende Korrespondenz vorzulegen. Der Unter-Staatssekretär für die Kolonien, Lord Carnarvon, erklärt, die in den Zeitungen veröffentlichten Angaben seien vollkommen authentisch und richtig. Die verlangte Vorlegung der Korrespondenz sei im gegenwärtigen Augenblicke unstatthaft, da sie die Debatte im jonischen Parlament präjudiziren und in ungehöriger Weise beeinflussen könne. Habe erst einmal das jonische Parlament seinen Spruch gefällt, so stehe der Vorlegung der Papiere nichts im Wege. Earl Grey bemerkt hierauf, er beabsichtige am nächsten Montag eine Adresse an die Krone zu beantragen, in welcher um Vorlegung der besagten Schriftstücke gebeten werde. Zugleich spricht er die Hoffnung aus, daß, schon ehe er diesen Antrag stelle, dem Hause der Einblick wenigstens in einen Theil der Aktenstücke gestattet werden möge. Der Earl von Derby erklärt, sowohl die Vorlegung der Dokumente, wie eine Erörterung des angeregten Gegenstandes würde seiner Ansicht nach unter den obwaltenden Verhältnissen höchst unpolitisch sein. Der Earl von Ellenborough bittet um Auskunft darüber, welche Mittel dem Lord Oberkommissar, falls die vorgeschlagene Verfassung angenommen werde, zu Gebote ständen, ein Ministerium zu entlassen, wenn die Minister keine Lust hätten, ihre Posten zu räumen. Laut besagter Verfassung müsse jeder Akt von dem Minister gegengezeichnet werden, und wenn ein Ministerium sich nicht selbst ums Leben bringen wolle, so gebe es keine Gewalt, die es zu beseitigen vermöge. (Heiterkeit.) Ebensowenig könne der Lord Oberkommissar das Parlament ohne Einwilligung des gerade vorhandenen Ministeriums prorogiren oder auflösen, während doch die Prorogation oder Auflösung das einzige Mittel sei, die Gewalt des Ministeriums von sich abzuschütteln. Wenn ferner die Bestimmung ins Leben trete, kraft welcher der Senat eine längere Dauer als die Zweite Kammer haben solle, so werde es nicht angehen, Senat und Zweite Kammer zu gleicher Zeit aufzulösen. Der Earl von Derby lehnt nochmals eine eingehende Diskussion ab. Man werde die Vorschläge Gladstone's im jonischen Parlament zur Sprache bringen, um einen Meinungsausdruck des jonischen Volkes hervor zu rufen. Der Premier bezeichnet die sieben Inseln als die „unabhängige Republik der jonischen Inseln" und schließt mit den Worten: „Ihrer Majestät Regierung hat keine Kontrole über die jonischen Inseln. Vertragsmäßig ist sie die Schutzmacht; andrerseits aber bilden diese Inseln auch vertragsmäßig die unabhängige Siebeninsel-Republik. Ihre Legislation unterliegt nicht der Kontrole des britischen Parlaments, obgleich für ihre Beschlüsse die Genehmigung Ihrer Majestät erforderlich ist. Wenn diese Genehmigung ertheilt oder verweigert worden ist, so steht es dem Parlament frei, eine Ansicht über die Angemessenheit des in solcher Weise eingeschlagenen Verfahrens auszusprechen." Auf eine weitere Frage des Earl von Ellenborough erwidert der Earl von Derby, die Vorschläge Gladstone's würden von den jonischen Kammern entweder en bloc anzunehmen oder zu verwerfen sein. Eine theilweise Annahme und Verwerfung sei nicht statthaft. Doch stehe es in der Macht des jonischen Parlaments, wünschenswerth scheinende Abänderungen anzugeben, in welchem Falle dann die Entscheidung über Annahme oder Verwerfung bei der Königin stände.

Im Unterhause zeigt T. Duncombe an, er werde am Montag, 3. März, folgende Resolution beantragen: „Da das Haus schon zweimal den Entscheid gefällt hat, daß ein Bekenner der jüdischen Religion hinfort bei Leistung des durch die vorjährige Akte vorgeschriebenen Eides die Worte: „und ich gebe diese Worte auf den wahren Christenglauben ab", auslassen dürfe, so wird jetzt ferner beschlossen, daß das gleiche Verfahren in allen Fällen beobachtet werden soll." — Crawford fragt den Schatzkanzler, ob es wahr sei, daß die englische Regierung mit der östreichischen eine Konvention Behufs der Errichtung einer Telegraphenverbindung mit Alexandria unter Zugrundelegung des Prinzips einer finanziellen Garantie von Seiten Englands abgeschlossen habe; und ferner, ob, wenn dies der Fall, die Regierung bereit sei, dem Hause eine Abschrift der erwähnten Konvention vorzulegen. Der Schatzkanzler erklärt, die Präliminarien Betreffs einer solchen Konvention seien allerdings bereits geordnet, und wenn der Vertrag abgeschlossen sei, so werde er natürlich dem Hause vorgelegt werden. Wenn er nach den bisher vereinbarten Bedingungen zu Stande komme, so werde er zwar eine finanzielle Garantie in sich schließen, jedoch keine unbedingte. (S. Tel. in Nr. 42.)

London, 19. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung legt der Earl of Malmesbury die auf die Angelegenheit des „Charles Georges" bezügliche Korrespondenz vor. Lord Brougham überreicht eine auf die Uebertragung von Grundbesitz bezügliche Petition und zeigt an, daß er demnächst eine diesen Gegenstand betreffende Bill einzubringen gedenke. Auf eine Frage Lord Airlie's, ob die Regierung im Laufe der gegenwärtigen Session einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Unterrichtswesens in Schottland einzubringen beabsichtige, ertheilt Lord Derby keine bestimmte Antwort, drückt jedoch die Hoffnung aus, daß es dem Ministerium möglich sein werde, ein den erwähnten Gegenstand betreffendes Projekt vorzulegen. — In der Unterhaus-Sitzung sichert der Unter-Staatssekr. des Ausw., Hr. S. Fitzgerald, als Antwort auf eine Frage Kinglake's die Vorlegung der auf die Charles-Georges-Angelegenheit bezüglichen Papiere auf nächsten Montag oder Dienstag zu. Lord Stanley stellt hierauf den Antrag, daß das Haus sich als Komité konstituire, um über die indische Anleihe zu berathen. Nachdem der Antrag angenommen worden ist, entwirft Sir C. Wood, der frühere Präsident des indischen Kontrol-Amtes, ein düsteres Bild von der Finanzlage Indiens. Die Ausgaben, sagt er, seien neuerdings, mit der Einnahme verglichen, in unverhältnißmäßiger Weise gestiegen; wie die Sachen einmal ständen, sei eher eine Verminderung, als ein Mehrertrag der Grundsteuer zu erwarten, und auf den so sehr schwankenden und unsichern Ertrag des Opium-Handels sei kein Verlaß. Da die Chinesen die Einfuhr des Opiums jetzt legalisirt hätten, so könnten sie ja auch den Opiumbau in China gestatten, und durch einen solchen Schritt würden die Revenuen Indiens eine ernstliche Einbuße erleiden. Seines Erachtens ließen sich Ersparungen nur auf dem Gebiete des Heerwesens, nicht auf dem der Civil-Verwaltung erzielen. Ueber diesen Punkt aber habe Lord Stanley das Haus im Unklaren gelassen, obgleich er doch offenbar auf eine bedeutende Verstärkung der europäischen Steitkräfte in Indien gerüstet sein müsse. Die Schulden Indiens veranschlage er höher, als Lord Stanley; während jener sie auf 74,543,000 L. schätze, glaube er, daß sie sich auf 90,000,000 L. beliefen. Noch ein traurigeres Bild entwirft Sir E. Perry, welcher die indische Schuld auf 110,676,955 L. und die Netto-Einnahme auf 23,000,000 L. veranschlagt. Er hält es für zweckmäßig, bei Besetzung der Beamtenstellen mehr Eingeborne als bisher, anzustellen. Vernon Smith hebt hervor, daß Lord Stanley die zu zahlenden, jedenfalls sehr bedeutenden Entschädigungs-Summen gar nicht berücksichtigt habe, und drückt die Hoffnung aus, daß man bei Reorganisation des indischen Heeres die einheimische Artillerie ganz wegfallen lassen werde. Lowe bemerkt, Lord Stanley habe eingeräumt, daß er keine Mittel und Wege sehe, die Einnahmen des indischen Reichs zu erhöhen und die Ausgaben zu vermindern. Man würde sich demnach auf ein fortwährendes Defizit gefaßt machen müssen. Seines Erachtens müsse man auf Mittel sinnen, sich das indische Volk geneigter zu machen. Dndurch würde es möglich werden, die Ausgaben für das Heerwesen zu ermäßigen. Nach einer kurzen Erwiderung Lord Stanley's wird eine Resolution genehmigt, die als Grundlage für die demnächst einzubringende Anleihe-Bill dienen soll.

— [Tagesnotizen.] Die „Times" sagt, daß vom demnächstigen Rücktritte des Lord-Kanzlers, sowie der Staatssekretäre des Krieges und der Kolonien die Rede sei. Der „Morning Advertiser" spricht gleichfalls von Kabinets-Modifikationen und überdies von demnächstiger Auflösung des Parlaments. — Charles Dickens hat eine Einladung nach Amerika erhalten, um dort Vorlesungen aus seinen Werken zu geben, wie er es seit einiger Zeit hier mit ungeheurem Erfolge thut. Man sagt, daß diese Vorlesungen ihm mehr Geld, als seine Bücher einbringen, und es ist noch nicht entschieden, ob er sie so bald unterbrechen wird, um sein Glück in den Vereinigten Staaten zu versuchen, die ihm wegen seiner früheren Schilderungen von dort noch etwas gram sein sollen. — Aus Wien vom 15. Februar wird der „Times" geschrieben, es sei dort aus authentischer Quelle die Mittheilung eingetroffen, daß die auf Urlaub befindlichen russischen Soldaten wieder einberufen worden; auch sei in Rußland der Befehl zum Ankauf von Kavalleriepferden ertheilt.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. [Die „Patrie" über die Kriegsfrage.] Die „Patrie" bringt heute einen längeren, halboffiziellen Artikel, in welchem sie sich wieder bemüht, zu beweisen, daß Frankreich keineswegs so friedlich gesinnt sei, als man im Auslande glauben machen wolle, und daß es nicht eine jede Politik zurückweise, die den Krieg in ihrem Gefolge mit sich führen könnte. Ihr zufolge giebt es, seit man die italienische Frage aufgestellt hat, drei Parteien in Frankreich. Die erste, die in der italienischen Frage weder das Interesse Frankreichs, noch das von Europa betheiligt sieht, die sogar die Möglichkeit läugnet, die Völker der Halbinsel der traurigen Lage zu entreißen, in der sie jetzt sich befinden, hält den Frieden für eine absolute Nothwendigkeit. Die zweite, die exaltirter ist und wenig praktisch, welche die Verträge von 1815 als eine Demüthigung Frankreichs, als eine Unterdrückung der Völker betrachtet, will dieselben zerreißen, selbst mit Waffengewalt, und dringt deshalb auf den Krieg. Die dritte endlich, welche die Verträge von 1815 nicht zerreißen will, die zugesteht, daß man sie achten muß, obgleich man sie verabscheut, die es aber für dringlich nothwendig hält, daß man sie revidirt, und für die der Krieg nur ein äußerstes Mittel ist, um den mit der Sicherheit Europa's eng verbundenen Interessen Satisfaktion zu geben. Die Verfechter des Friedens um jeden Preis haben sich der „Patrie" zufolge einen Augenblick lang der Illusion hingeben können, daß sie die Majorität haben. Dieses sei aber nicht der Fall. Dieselben halten, ihr zufolge, jeden Tag Sitzung auf dem Boulevard und in der Börse, schreien laut, repräsentiren aber nicht die Meinung des Landes. Die Anhänger des Krieges rekrutiren sich dem halbamtlichen Blatte zufolge in der ehemaligen republikanischen Partei, die alle Völker frei machen und den Rhein, Ungarn, die Alpen und Polen erobern wolle, und zwar ohne alle Allianzen, dä die Völker ihre Verbündeten sein würden. Die „Patrie" will natürlich von diesen beiden Parteien nichts wissen, sondern sie stellt sich auf die Seite der dritten Partei, die den Frieden bedingungsweise will. Diese habe vollkommen verstanden, daß Europa an der Lösung der italienischen Frage ein ungeheures Interesse habe, daß man diese weder aufgeben noch übereilen dürfe; diese Politik wolle sich weder kompromittiren noch schwächen lassen, sie wolle alle friedlichen Mittel anwenden, um das zu erhalten, was gerecht sei, aber alles verweigern, was dem guten Rechte, und der Unabhängigkeit Europa's zuwider sei. Diese Partei ist der „Patrie" zufolge schon zahlreich und wird die Majorität des Landes werden. Zum Schluß warnt sie Europa, es möge sich nicht täuschen; es sei schwerer, Frankreich zurückzuhalten, als es aufzureizen. Ganz Frankreich werde zum Kaiser stehen, um sich dem aufzuopfern, was der Civilisation und dem französischen Einflusse in der Welt nützlich sei. „Frankreich", so ruft sie zum Schlusse aus, „wird mit dem Kaiser sein, um unter Bedingungen den Frieden aufrecht zu erhalten; aber es wird niemals denen folgen, die ihn ohne Bedingung wollen."

— [Napoleons Absichten auf Savoyen.] Einige gut unterrichtete Männer Sardiniens sowohl, als Frankreichs und Englands, wissen, daß nach dem Kriege in der Krimm, als der Kaiser der Franzosen die Königin Victoria in England besuchte, eines Tages, in Gegenwart Lord Palmerstons, eine Unterhaltung gewesen, die der Kaiser hervorgerufen, und die drei Punkte betraf: die Dienste Frankreichs für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, die Gerechtigkeit, diese Dienste anzuerkennen, und die Möglichkeit, in der Abtretung Savoyens eine genügende Entschädigung zu finden. Lord Palmerston war in seiner Antwort sehr klar und bestimmt, und er ließ dem Kaiser keine Hoffnung, daß England jemals einer solchen Transaktion beitreten könne. Schon bei jener Gelegenheit äußerten also der Kaiser und Lord Palmerston die beiden Meinungen, die sie heute trennen, der eine, indem er an die den Verträgen zu haltende Treue erinnert, der andere, indem er im Gegentheil behauptet, daß die Verträge nicht ewigdauernd sind. Lord Palmerston, indem er vor einigen Tagen die Broschüre „Napoleon III. und Italien" las, erinnerte sich der Unterhaltung die er vor drei Jahren mit dem Kaiser der Franzosen gehabt, und die beiden Deputirten von Savoyen, die neulich in der sardinischen Kammer das Wort nahmen, um von dem Kriege abzurathen, können sich heute sagen, daß ein Krieg, unter dem Vorwande der Befreiung der Lombardei unternommen, als Resultat die Einverleibung Savoyens in Frankreich würde haben können. (V. Z.)

Paris, 18. Febr. [Die Verwarnung der „Presse"] hatte, bei der eigenthümlichen Stellung dieses Blattes, im ersten Augenblicke Aufsehen gemacht. Ein Theil des Publikums wollte in dieser Maßregel eine andere politische Richtung, als die bisher eingeschlagene erkennen. Es hieß auch, daß auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten. Der päpstliche Nuntius habe sich über den Ton, in welchem die „Presse" überhaupt die italienischen Angelegenheiten bespricht, und namentlich über den amtlich gerügten Artikel derselben beschwert. Andere meinten, die Verwarnung sei eine Erwiderung auf eine ähnliche Maaßregel des östreichischen Kabinets, welches einige Wiener Blätter zu mehr Mäßigung in ihrer Polemik gegen Frankreich aufgefordert habe. Dies Alles kann von Einfluß auf das Einschreiten des Ministers des Innern gegen die „Presse" gewesen sein, hat aber wohl nicht den hauptsächlichsten Beweggrund zu dieser Maaßregel abgegeben. Es ist wahrscheinlicher, daß die französische Regierung durch eine öffentliche Mißbilligung des herausfordernden Tones der „Presse" dem Verdacht begegnen wollte, sich zum Kriege drängen zu lassen oder denselben herbeizuwünschen. Es war in der offiziösen Presse in der letzten Zeit oft genug ausgesprochen worden, daß Frankreich den Krieg, wenn er nöthig werden sollte, nicht zu scheuen habe. Es schien daher jetzt angemessen, um ein gewisses Gleichgewicht in der Meinungsäußerung zu erhalten und nicht die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu sehr zu schwächen, dem ungestümen Ruf nach Krieg, wie ihn die „Presse" anstimmte, einen Zügel anzulegen. (Pr. Z.)

— [Wahlprüfungen.] In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers führte die Wahl im ersten Wahlkreise des Indre zu heftigen Debatten. Der Berichterstatter André beantragte Bestätigung der Wahl des Herrn Charlemagne, der 20,404 gegen 7700 Stimmen des Gegen-Kandidaten Grafen von Lancosme-Breves erhalten hat. Letzterer richtete hierauf einen Protest an den gesetzgebenden Körper, worin er behauptete, Charlemagne's Wahl sei von der Verwaltung durch Beeinflussung und Einschüchterung erzielt worden. Die Wahlprüfungs-Kommission fand diese Beschwerde ungeeignet und beantragte Bestätigung der Wahl. Picard bekämpfte diesen Antrag und wies durch Anführung von Verwaltungs-Rundschreiben nach, daß Maaßregeln gegen die Freiheit der Wahl getroffen worden seien; eine Untersuchung werde deshalb eine Nothwendigkeit. Bei dieser Gelegenheit sprach Picard den Wunsch aus, die Regierung möge doch eine Liste der Personen veröffentlichen, gegen welche bis jetzt Maaßregeln der allgemeinen Sicherheit verfügt worden. Granier de Cassagnac erhob sich nun, um zu erklären, die Wähler könnten, wenn es gelte, eine Wahl zu treffen, unmöglich sich selber überlassen werden; Redner behauptete zugleich, seine politischen Gegner hätten, als sie 1848 obenauf gewesen, der Regierung ein sehr breites Recht der Einwirkung auf die Wahlen zuerkannt, während die jetzige Regierung in dieser Beziehung stets große Mäßigung und Achtung vor den gesetzlichen Bestimmungen bewiesen habe. Ollivier meinte, es werde gut sein, wenn man nicht an Thaten einer Epoche erinnere, die nicht hierher gehörten. In Betreff des Wahlprotestes wünschte er eine Untersuchung, weil dieser Weg ja der geeignetste sei, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Hierauf erhob sich der Präsident des Staatsraths, Herr Baroche, um zu bemerken, daß die angebliche allgemeine Beschuldigung, als ob die Regierung in Wahl-Angelegenheiten die Freiheit beeinträchtige, „nur von Leuten herrühre, die entschlossen seien, die Regierung bei jeder Gelegenheit anzugreifen". Gegen Anordnung einer Wahl-Untersuchung ist Herr Baroche schon aus dem Grunde, weil eine solche „das Land nur aufregen könne". Der gesetzgebende Körper schloß sich, wie zu erwarten stand, dem Antrage des Prüfungsausschusses an, und Herr Charlemagne, der bereits am 7. Febr. beeidigt worden war, wurde sofort zugelassen.

— [Die „Patrie" über die Haltung der deutschen Presse.] Die „Patrie" enthält heute folgendes „Mitgetheilt": „Wir müssen einer Thatsache Erwähnung thun, die wiederum beweist, daß man absichtlich die öffentliche Meinung täuscht und das nationale Gefühl zu verkleinern sucht, welches in der Rede des Kaisers auf so edle Weise ausgedrückt wurde. Ein Losungswort,

das zu gleicher Zeit allen deutschen Journalen und besonders den unter östreichischem Einflusse stehenden gegeben wurde, läßt aussprengen, daß die in der Broschüre „Napoleon der III. und Italien“ auseinandergesetzte Politik auf offizielle Weise desavouirt werden solle. Die nämliche Taktik, welche vergeblich versucht hat, unsere Handelskammern zu einer unpolitischen und ungesetzlichen Manifestation zu verleiten, verbreitet dieses Gerücht in Deutschland und läßt es alsdann in Frankreich zirkuliren, um die zu ermuthigen, welche wünschen, daß die Regierung des Kaisers kein Interesse an der italienischen Frage nehme. Wir wiederholen es, solche Manöver haben nicht die geringste Tragweite, aber es ist immer nützlich, sie zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.“ Zu gleicher Zeit bringt die „Patrie“ einen Artikel unter der Ueberschrift: „La Prusse et la question italienne“, und aus der Feder des Herrn Eduard Simon, die in neuester Zeit nicht ohne gewisse Bedeutung ist. In diesem Artikel wird gegen die sogenannten östreichischen Organe zu Felde gezogen, die man auf die Gefahr aufmerksam macht, welche ganz Deutschland bedroht.

Paris, 19. Febr. [Tagesbericht.] In Frankreich dauert die Propaganda zu Gunsten des Krieges fort. Auch das Cirkularschreiben von Hrn. Delangle bezeugt bereits seine Wirksamkeit, und die Leitartikel der Provinzialblätter geberden sich sehr kriegerisch. Die meisten dieser Artikel werden hier gemacht, denn in dem Maaße sind die Franzosen von Paris absorbirt, daß sich in der Provinz kein Journalist findet, der im Stande wäre, einen leidlichen Artikel zu schreiben. Die Journale sind in den Händen von Buchdruckern, die sich von der Regierung subventioniren lassen und dafür kein anderes Opfer bringen, als daß sie in Paris einen Korrespondenten halten, und bei diesem werden denn auch bei außerordentlichen Vorkommnissen alle Leitartikel bestellt. — Der Papst hat ein Konsistorialschreiben erlassen, worin er alle Gründe widerlegt, welche in der Broschüre von La Guerronnière gegen seine weltliche Gewalt geltend gemacht werden. Hier arbeiten die Bischöfe bei der Kaiserin im Sinne des Friedens. — Der „Indépendance Belge“ wird von hier geschrieben, Lord Cowley habe im Namen seiner Regierung dem Grafen Walewski Mittheilungen über die Möglichkeit, die italienische Frage auf friedlichem Wege zu lösen, gemacht, dabei zwar das Wort Kongreß nicht gebraucht, doch auf die Nothwendigkeit hingewiesen, durch einen Zusammentritt von Bevollmächtigten den gordischen Knoten zu lösen. Nebenbei soll Lord Cowley der französischen Regierung bemerkt haben, England werde Angesichts der außerordentlichen Rüstungen, die Frankreich in den Mittelmeerhäfen mache, sein Mittelmeergeschwader durch zehn Kriegsschiffe verstärken. Demselben Blatte wird von hier berichtet, daß die Zuaven- und Tirailleur-Bataillone in Algerien Befehl erhalten haben, der Division Renault nach Frankreich zu folgen. — Die „Revue des deux Mondes“ hat in ihrer letzten Lieferung einen Aufsatz über die „Anwendung des Dampfes bei der Kontinentalkriegführung“ gebracht. Derselbe ist aus der Feder des Prinzen von Joinville und hat allgemeines Aufsehen erregt. Die „Patrie“, ärgerlich darüber, hat lakonischer Weise über den Schlußsatz jenes Artikels, in welchem der populäre Verfasser die unnützen Ruhmschlächtereien des Onkels und des Neffen beklagt, einige hämische Bemerkungen veröffentlicht. — Die Rüstungen dauern im großartigsten Maaßstabe fort. Die Landungskompagnien haben jetzt Gewehre erhalten, die nach den neuesten Erfindungen verbessert worden sind. — Der „Globe“, die „Daily News“, die „Indépendance“, die „Kölnische Ztg.“ und mehrere andere deutsche Journale wurden heute in Paris nicht ausgegeben. Was die „Kölnische Ztg.“ betrifft, so erscheint dieselbe in der letzten Zeit nur noch ausnahmsweise. — Am 17. d. hielt im Stadthause zu Paris die zoologische Gesellschaft ihre öffentliche Jahresversammlung. Isidor Geoffroy Saint-Hilaire hielt über die Fortschritte und Leistungen des Vereins, der bereits über die 2000 Mitglieder zählt, eine Rede und vertheilte die Preise. Schließlich wies er auf die Segnungen hin, welche den Wissenschaften, der Industrie und dem Ackerbau aus dem zu errichtenden zoologischen Akklimatisationsgarten erblühen würden. Bei der Feier waren die angesehensten Naturforscher Frankreichs zugegen.

Belgien.

Brüssel, 19. Febr. [Kammerverhandlungen.] Endlich, nach zwölf langen und mitunter so stürmischen Sitzungen, ist heute die wichtige Debatte über die Freiheit der Kanzel durch die Annahme des Regierungsprojekts beendigt worden. Die Abstimmung geschah durch Namens-Aufruf. Nachdem das versöhnliche Amendement des Herrn Malou durch 77 gegen 19 Stimmen (ein großer Theil der Rechten stimmte, des Prinzips halber, dagegen) beseitigt worden, genehmigte das Haus mit 59 gegen 38 Stimmen die betreffenden Artikel des Strafgesetzbuchs in der vom Justizminister beantragten Fassung. Herr Defré, den wahren Grundsätzen des Liberalismus getreu, stimmte mit der äußersten Rechten. Dasselbe Mitglied antwortete heute in sehr scharfer Weise auf die gestrige Zurechtweisung des Finanzministers, dessen Worte er für sehr beredt, aber wenig passend im Munde eines Ministers und schlecht dazu geeignet erklärte, die Ausbreitung der liberalen Ideen zu befördern. Man hatte im Laufe der Diskussion zu verschiedenen Malen auf ähnliche intolerante Handlungen des holländischen Ministers Van Maanen gegen die Geistlichkeit hingedeutet, welche bekanntlich sehr viel zum Ausbruche der Revolution von 1830 beigetragen. Herr Tesch sagte deshalb heute, was diese Maaßregeln betreffe, so könne die Rechte sich ja deshalb an Hrn. de la Coste, einen ehemaligen Kollegen Van Maanen's, wenden. Ersterer ist nämlich seit langen Jahren Mitglied der Kammer für den Bezirk Löwen. So eben von einer gefährlichen Krankheit erstanden, hat er erst seit wenigen Wochen Theil an den Arbeiten des Hauses genommen. Mit bewegter Stimme vertheidigte er sich gegen die unpassende Anfeindung des Justizministers, indem er erklärte, daß seine fünfzigjährige amtliche Laufbahn frei von jedem Argwohn nnd jeder Beschuldigung geblieben; daß er, der holländische Minister, unmittelbar, ja, beinahe während der Revolution gegen die Niederlande vom Volke zum Mitgliede der Legislatur gewählt worden sei; diese Antwort könne er aus ehrlichem Herzen dem Herrn Tesch entgegenhalten. Zustimmender Beifall auf allen Bänken der Kammer folgte dieser wahrheitsgetreuen Erklärung. (K. Z.)

— [Armeestärke; städtische Wasserleitung.] Aus verschiedenen Ländern wird gegenwärtig das Tableau ihrer militärischen Kräfte mitgetheilt. Indem ich dasselbe für Belgien thue, erinnere ich daran, daß Belgien ein neutraler Staat ist. Die belgische Armee auf dem Friedensfuße, wenn sie vollständig ist, zählt 39,200 Mann Infanterie, 6300 Mann Kavallerie und 5020 Mann Artillerie, Genie und Generalstab. Von diesen 50,520 Mann sind gegenwärtig aber nur 20,300 unter den Waffen und zwar 14,700 Mann Infanterie, 2600 Mann Kavallerie und 3000 Mann Artillerie, Genie und Generalstab. Nach der jetzigen Organisation beträgt der Effektivbestand der belgischen Armee auf dem Kriegsfuße 80,000 Mann und 40,000 Mann Reserve. Der Kriegsminister, General Berten, wendet seine ganze Aufmerksamkeit sowohl den auswärtigen Ereignissen zu, als allen Eventualitäten, die es erlaubt ist, vorherzusehen, und was auch eintreten mag, die Ereignisse werden Belgien nicht unvorbereitet finden. — In der letzten Sitzung unseres Gemeinderathes erstattete der Bürgermeister Bericht über die Wasserleitung für Brüssel, die zugleich auf vier seiner Vorstädte ausgedehnt ist. Im Jahre 1851 wurden für das Unternehmen die ersten Ausgaben mit 20,000 Fr. gemacht; bis zum 1. Januar 1859 hatten die Gesammtausgaben 6,605,647 Fr. 45 C. betragen. Weitere 150,000 Fr., welche der Gemeinderath für das laufende Jahr bewilligt hatte, sind bereits wieder verausgabt, und es wurden von Neuem 500,000 Fr. begehrt. (V. Z.)

Antwerpen, 19. Febr. [Sturm.] Seit gestern herrscht hier ein so furchtbarer Sturm, daß er mehrere Personen in den Straßen umwehte, von denen einige schwer verwundet wurden, einer sogar ein Bein brach. An Schornsteinen und Dächern kamen die gewöhnlichen Verwüstungen vor. Die auf der Rhede und in den Bassins liegenden Schiffe hielten sich gut

Italien.

Rom, 12. Febr. [Ein Anagramm; Ball beim General Goyon; Dr. Törmer †.] Die Polizei findet täglich das Anagramm „Verdi“, d. h. „Viva Emanuelle Re D'Italia“, an den Ecken der Straßen im Mittelpunkte der Stadt angeschlagen und vernichtet es. Auch in einigen Theatern wurden am Mittwoch ähnliche Kundgebungen für Piemont gegen Oestreich versucht; doch ließen es die Polizeibeamten nicht dazu kommen. — Der General Goyon gab im Anfange der Woche einen Ball, wozu 800 Personen geladen waren. Er übertraf an Glanz und asiatischem Luxus alle derartigen Feste der Saison. Von den sich hier aufhaltenden fürstlichen Personen hatten indessen nur die Königin Marie Christine von Spanien und der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz die Einladung angenommen. Jedenfalls war Frankreich hier lange nicht durch äußerlichen Aufwand und Pomp in dem Maaße vertreten, wie jetzt. — Der königl. sächsische Agent Prof. Dr. Törmer ist gestorben.

Turin, 11. Febr. [Aufregung in Modena; die savoyischen Deputirten.] Die Stellung des Herzogthums Modena wird von Tag zu Tage kritischer, denn dort konzentriren sich jetzt alle Hoffnungen auf einen baldigen Aufstand. Der Herzog von Modena befindet sich jetzt wirklich in großer Verlegenheit, denn ohne den Beistand Oestreichs gebietet er über zu wenige Kräfte, um eine Bewegung ganz zu unterdrücken, um so weniger, wenn diese Bewegung durch eine mächtige Emigration unterstützt wird. — Die Unordnungen, welche am Ende der Sitzung unsrer Kammer stattfanden, sind ebenfalls ein Gegenstand ernster Betrachtungen unsres Publikums. Die Deputirten Savoyens, welche fast ausschließlich der konservativen Partei angehören, sind über das gehässige Betragen der Majorität und des Ministeriums im höchsten Grade aufgebracht. Der Deputirte de Viry, als er erklärte, daß Savoyen in seiner Eigenschaft als nicht italienische Provinz nicht an der Politik einer Nationalität sich betheiligen könne, die ihr fremd sei, erregte einen solchen Tumult auf der Linken. daß man ihm mit dem sonst nur in Theatern für ungezogene Leute gebrauchten à la porte drohte und ihm Schimpfworte zurief, um ihn zu nöthigen, seine Dimission zu geben. Und Graf Cavour selbst, uneingedenk seiner Würde als erster Minister des Landes, ging in seiner Brutalität so weit, ihm zuzurufen: er möge nicht allein seine Entlassung als Deputirter geben, sondern auch als Appellationsrath. Nach dieser stürmischen Sitzung versammelten sich die savoyischen Deputirten und faßten den Entschluß, fürderhin nicht mehr an den Sitzungen der Kammer zu Theil nehmen. Hr. Costa de Beauregard, das Haupt dieser Partei, wird am Montag nach Chambery abreisen, die übrigen werden ihm bald nachfolgen. (A. Z.)

Turin, 14. Febr. [Oestreichische Grenzkontrole; Pavia.] Der „Indipendente“ berichtet; „An der lombardischen Grenze werden gegenwärtig außerordentliche Vorsichtsmaaßregeln getroffen, und jeder Reisendeswird untersucht und ausgehorcht. Ein großer Theil der in Mailand eingetroffenen Truppen wurde nach Cremona abgeschickt, wo man, wie es scheint, ein Lager errichten will. In Pavia sind viele Genie-Offiziere. Der Graf Giulay wurde definitiv nach Wien zurückberufen. — In Padua wurde ein östreichischer Offizier getödtet und die Universität neuerdings geschlossen.

Turin, 15. Febr. [Erklärung der Kammer-Minorität.] Im Namen der 35 Minderheits-Abgeordneten veröffentlichten die Herren: Solaro della Margarita, Cossa di Beauregard, Camburzano, Cays, Crotti und Deviry eine Erklärung, worin sie sich gegen den Vorwurf, ausländischen Zwecken zu dienen, feierlichst verwahren und würdevoll erklären, die Nation wisse, eine Partei beabsichtige das Anlehen zu aggressiven Zwecken zu verwenden; deshalb hätten sie dagegen gestimmt und dem Kabinet die Mittel verweigert, die Zukunft des Landes bloßzustellen.

Neapel, 8. Febr. [Vom Hofe.] Der königliche und der kronprinzliche Hof verweilen noch immer in Bari. Der König befindet sich noch unwohl, wie es scheint, an einem Wiederauftreten des rheumatischen Fiebers. Zu bedauern ist, daß das offizielle Journal fortwährend das tiefste Stillschweigen über das Befinden des Königs beobachtet. (A. Z.)

Neapel, 12. Febr. [Befinden des Königs.] Einer Korrespondenz der „Times“ zufolge ist das Uebel, an welchem der König leidet, die Brustwassersucht. Diese Krankheit soll in der Familie erblich sein.

Neapel, 15. Febr. [Vom Hofe; Großfürst Konstantin; Rüstungen.] Die Tochter des Grafen Aquila ist gestern gestorben. Der König war zu leidend, als daß man ihn nach Caserta hätte bringen können. — Der Großfürst Konstantin sollte Ende dieser Woche nach Genua abreisen. — Den Blättern zufolge sollen Cadres für neun Regimenter Freiwilliger aus den andern Staaten gebildet werden.

Genua, 15. Febr. [Militärflüchtlinge; Studentenverbindungen.] Neuerdings sind hier 30 Rekrutirungsflüchtlinge und Deserteure sammt mehreren Studenten aus dem mittlern Italien nach Turin durchgereist, um in das dortige Herr einzutreten, wo sie nicht nach früherm Gesetz und Gebrauch mehr zurückgewiesen oder festgenommen zu werden fürchten. — Nach dem „Diritto“ bilden sich in Piemont überall politische Verzweigungen unter der studirenden Jugend.

Genua, 16. Februar. [Flüchtlinge.] Der von Spezia kommende Dampfer „Roma“ brachte etwa 1000 Flüchtlinge aus den Herzogthümern. Ein Bericht aus Sarzano meldet, daß man dort fortwährend Konskribirte und Studenten nach Piemont durchpassiren läßt. Man spricht von Errichtung mehrerer neuer Regimenter.

— [Das Freikorps Garibaldi's] soll bereits fast 2000 Mann stark sein und noch immer neue Zuzüge erhalten. Man besorgt, daß es einen Einfall in Modena versuchen werde, da es bereits zu stark ist, um noch längere Zeit unthätig zu bleiben.

Spanien.

Madrid, 16. Februar. [Das Ministerium und die Opposition; Verschiedenes.] In den Cortes wiederholen sich noch immer die Versuche der Oppositions-Parteien, das Ministerium durch Anregung von Fragen, die der Beseitigung durch die Majorität gewiß sein dürften, in Verlegenheit zu bringen. Dieselben führen zu nichts, als zu wiederholter Beleuchtung und Rechtfertigung der von den verschiedenen Parteiministern befolgten Politik, und scheinen dem Vertrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium indessen so wenig Eintrag zu thun, daß Graf Odonnell selbst nicht Anstand nahm, die Hoffnung auf eine langjährige Dauer seiner konstitutionellen Verwaltung auszusprechen. In der gestrigen Sitzung des Kongresses sprachen sich wieder Sartorius und Odonnell über die Bedeutung und die Resultate ihrer Verwaltung in einer übrigens würdigen und gemäßigten Art aus. Eine Berichtigung des Erstern auf eine Behauptung Sagasta's führte aber dann in der Kammer sehr lebhafte Debatten herbei. — Nächsten Sonntag wollen sich 80 Deputirte versammeln, um die Frage des Schutzzolls für das Getreide zu erörtern. — Die Riffbewohner haben die spanischen Gefangenen ausgeliefert, ohne Konzessionen zu erhalten. — Die neapolitanischen Amnestirten befinden sich noch immer an Bord auf der Rhede von Cadix.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Febr. [Die Hinrichtungen in Dscheddah.] Aus Dscheddah sind Nachrichten hier über Alexandria angekommen. Der französische Kommissar hat erkannt, daß die auf Gesuch des englischen Kommissars hingerichteten Menschen nur unschuldige Opfer für die Gräuelthat waren; also sieben Wesen unschuldig und in Hast ermordet! Demnach sollte man erwarten, daß er besonnener handeln würde. Aber nein! Er hat auch eine gleiche Scene von französischer Seite aufzuführen für gut befunden, damit die Anwohner des Rothen Meeres fühlen, daß Frankreich nicht hinter England zurücksteht. Er hat sich zwar mit einem solchen Opfer an Ort und Stelle begnügt, aber er hat es aus einer der angesehensten Familien genommen und ebenfalls gleich hinrichten lassen. Nur den Kaimakam selbst hat er eingeschifft, um ihn zur Hinrichtung nach Konstantinopel zu bringen.

Konstantinopel, 12. Februar. [Protest der Pforte; Personalien; Telegraphen.] Eine Depesche aus Jassy meldet den Einzug Cousa's in Bukarest und die dekretirte Vereinigung beider Fürstenthümer mit einer Versammlung in Fokschani. Die Pforte protestirt und verlangt die Berufung der Konferenz. — Hr. Mussurus, Pfortengesandter in London, wird als Konferenzbevollmächtigter genannt. — Aristarki, walachischer Kapukiaja bei der Pforte, hat seine Entlassung gegeben. — Mirza Said Pascha ist zum Gouverneur von Salonich, Hussein Pascha zum Gouverneur von Creta ernannt. — Die Telegraphen-Stationen in Rodosto, Gallipoli und den Dardanellen sind eröffnet worden. — Fortwährend treffen Redifs aus den Provinzen hier ein.

Konstantinopel, 15. Februar. [Ermordung eines Franzosen.] Laut einer in Paris eingetroffenen telegraphischen Depesche fiel am 10. Febr. ein zu Rodosto etablirter Franzose als Opfer einer Rache. Als Graf Lallemand davon Kenntniß erhalten, schickte er den „Salamandre“ mit einem Drogoman und einem Polizeiposten an Ort und Stelle. Vierzehn Schuldige wurden verhaftet, und dem Vertreter Frankreichs ward vollständige Genugthuung ertheilt.

Asien.

— [Der Krieg in Indien.] Die „Times“ hat folgendes Telegramm von ihrem Korrespondenten aus Malta erhalten: „Malta, 15. Febr. „Die Post aus Bombay vom 25. Jan. ist am 11. Febr. in Alexandria eingetroffen. Der Feldzug in Audh war am 8. Jan. beendigt worden. Zehn Führer der Aufständischen hatten sich ergeben. Die Begum war mit einigen ihrer Anhänger nach Nepaul entflohen. Man glaubte, daß Nena Sahib sich bei den erwähnten Personen befand. Lord Clyde war auf dem Wege nach Lucknow begriffen. Sämmtliche Forts waren zerstört und 400,000 Stück Waffen ausgeliefert worden. Es war ein die Besitz-Verhältnisse der Zemindars regelnder Plan im Werke, und man glaubte, daß derselbe am 10. Febr. zum Abschlusse kommen werde. Tantia Topi trieb sich noch immer herum, und in seiner Gesellschaft befand sich Feroze Schah. Dem Vernehmen nach verursachten die Murri-Volksstämme Unruhen an der Gränze von Scinde. Laut Berichten aus Dscholna hatten heftige Zusammenstöße zwischen dem Obersten Campbell und 3000 Rohillas stattgefunden. Sir Hugh Rose war auf dem Marsche nach dem Kriegs-Schauplatze begriffen.“

Einer auf dem Ostindischen Amte in London am 16. Febr. eingetroffenen Depesche entnehmen wir folgendes: „In Audh herrscht fortwährend Ruhe. Die nichtamnestirten Rebellen haben sich entweder zerstreut und sind nach Hause gegangen oder haben im Terai ihre Zuflucht gesucht. Eine unter Bala Sam stehende Schaar soll sich in die Wälder von Nepaul begeben haben. Man weiß, daß der Nawab von Furruchabad sich ergeben hat. Central-Indien und das Radschputen-Land. Oberst Benson marschirte in 5 Tagen 140 (engl.) Meilen, griff die Truppen des Tantia Topi an, brachte ihnen eine blutige Niederlage bei und erbeutete 6 Elephanten. Tantia ward ferner von dem Obersten Somerset zu Tschuppra und dann zu Burrod im Gebiete von Kotah angegriffen und geschlagen. Späteren Mittheilungen zufolge bewegten sich die Rebellen in der Richtung von Tonk und Sewpore, und Brigadier Showers stieß, nachdem er mit seiner Heersäule von Agra aus in 3 Tagen 94 (engl.) Meilen marschirt war, mit ihnen am 16. Jan. bei Dewschah zusammen, schlug sie und zersprengte sie und tödtete etwa 300 Mann. Dem Vernehmen nach waren Tantia, der Rao und Feroze Schah die Führer der Rebellen. Nordwest-Provinzen. Wie verlautet, wurden die Rebellen Rodka Gobind und sein Bruder beide indem am 29. Dez. bei Kurwi stattgehabten Gefechte getödtet. Am 5. Jan. stieß Brigadier Carpenter auf einen großen Haufen von Flüchtlingen und brachte denselben eine vollständige Niederlage bei. Nach einem Berichte des Kommissars von Rohilkund vom 16. Jan. waren die Rebellen von Audh aus über den Fluß Sardah in Rohilkund eingerückt, jedoch wieder zurückgeschlagen worden. Das Gebiet des Nizam. Die Abtheilung des Obersten Hill hatte am 15. Jan. bei Tschicumba, 30 Meilen nordwestlich von Hingoli, ein heißes Gefecht mit den Rohillas und Arabern bestanden. Kapitän Mockinnon ward getödtet, und 3 andere

Offiziere wurden verwundet. Sir H. Rose befindet sich zu Dschalnah. In der Präsidentschaft Bombay sieht es friedlich aus, mit Ausnahme unbedeutender Ruhestörungen unter den Bhils an der Nordgränze von Guzerat."

Ein anderes amtliches Telegramm meldet: „Der Aufstand in Audh ist gänzlich unterdrückt. Die Begum und einige ihrer Anhänger sind in Nachtmärschen nach Nepaul gelangt, indem sie sich den Weg dahin zum Theil mit Gewalt, zum Theil durch Bestechung bahnten. Die in der Umgebung der Begum befindlichen Sipahis plündern angeblich die Dörfer in Nepaul. Ein Observations-Korps steht an der Gränze. Man glaubt, daß Nena Sahib sich bei der Begum befindet. Die Nachrichten aus Allahabad reichen bis zum 18. Jan. Einem Berichte des Kommissars von Rohilkund zufolge waren die 20 — 30,000 Mann starken Rebellen mit großem Verlust geschlagen und über den Sartheas zurückgeworfen worden. Ihre Kanonen wurden erbeutet, und Nurput Singh von Ruza, so wie Beni Singh blieben. Im Gebiete des Nizam sind Ruhestörungen ausgebrochen, und Marodeure, aus Rohilla-Arabern und Bewohnern des Dekkan bestehend, richten an den Gränzen von Berar viel Unfug an."

Bombay, 25. Jan. [Der Krieg in Indien.] Die „Bombay Times" vom erwähnten Tage bestätigt die völlige Wiederherstellung der Ruhe in Audh. Es war eine Anzeige veröffentlicht worden, welche erklärt, daß die Provinzen Audh und Rohilcund den europäischen Familien wieder geöffnet seien. Lord Clyde hatte von Nepaul die Ermächtigung verlangt, die Rebellen dorthin zu verfolgen. Der General gedachte im Febr. nach England zurückzukehren. Im Reiche des Nizam hatten mörderische Kämpfe stattgefunden. Oberst Campbell war überfallen und verwundet worden und hatte sein Gepäck verloren; zwei andere Obersten waren gleichfalls verwundet worden, und zwar einer tödtlich. In einem späteren Gefechte wurden 30,000 Rebellen aus Rohilcund mit großem Verluste geschlagen; die englischen Truppen verfolgten den Feind. Der General-Gouverneur hatte die Amnestie ausgedehnt und die Hinrichtungen ohne vorherige Genehmigung der oberen Behörden untersagt.

Teheran, 31. Jan. [Russische Reisende.] General Buhler bereist persisch Arabistan, um die Anlage fester Plätze zu studiren und vorzubereiten. — Baron Code von der Moskauer Handelskompagnie ist nach Rußland zurückgekehrt.

Amerika.

Hayti. — [Der Exkaiser Soulouque; das neue Ministerium.] Durch Privatmittheilung wird der „Weser Ztg." die Nachricht bestätigt, daß der Kaiser Soulouque am 15. Januar sein Reich verlassen und sich an Bord einer englischen Fregatte in Begleitung seiner Familie und eines Adjutanten nach Jamaica eingeschifft hat. In den Koffern, die der flüchtige Kaiser zurücklassen mußte, fanden sich 28,000 Dublonen (448,000 Doll.) und 5 Mill. brasilianische Thaler. — Das neue Ministerium ist konstituirt: General Jean Paul ist Ministerpräsident; General Prophet, Minister des Innern; General Dejoie, Kriegsminister; Monsieur Plaisance, Finanzminister; M. Acloque, Justiz; André Jean Simon, Minister des Auswärtigen; M. Philippo, Kultus

— [Schriftsteller-Honorare in Nordamerika; die Journalpresse.] Ueber Schriftsteller-Honorar in den Vereinigten Staaten von Amerika macht das bibliographische Handbuch Trübuars folgende Mittheilungen: Bedeutende Honorare wurden schon im Jahre 1817 gezahlt. Damals erhielt Noah Webster von der Firma Goderich und Sons 40,000 Doll. für das Verlagsrecht seines „Buchstabirbuchs". Bancroft hatte für seine Geschichte von 1854 bereits 50,000 Doll. bezogen; Barnes erhielt 30,000 für seine Bibelnoten; Stephens eben so viel für seine Reisebeschreibungen, und derselbe Autor eine gleichgroße Summe für seine klassischen Bücher. In den letzten Jahren sind die Honorare bedeutend in die Höhe gegangen. Die Firma Saison und Phinney in Newyork zahlen für die Schulbücher von Sanders 30,000 Doll. jährlich, und für die arithmetischen Bücher von Thompson jährlich 10,000 Doll, wobei zu bemerken ist, daß in den ersten 6 Monaten des Jahres 1855 von jenen 244,000, von diesen 38,500 Exemplare abgesetzt wurden. Childs und Peterson in Philadelphia haben der Familie Kane's für dessen „Arctic Explorations in the Years 1853—55" bis jetzt schon 60,000 Doll. (ein Doll. pro Exemplar) ausbezahlt, und die Firma Lippinast und Komp. ebendaselbst den Doktoren Ward und Bache 80,000 Doll. für ihr United States Dispensatory (Pharmakopöe), während die Familie des Juristen Story für dessen Werke bis jetzt von der bekannten Firma Little Brown und Komp. 200,000 Doll. bezogen hat. — Periodische Schriften, die meisten darunter allerdings bloß 1 — 2 mal wöchentlich erscheinend, soll es in den Vereinigten Staaten jetzt gegen 4000 geben, und manche davon erscheinen in kleinen Dörfern von ein paar hundert Einwohnern. Die „Religious Preß" ist durch 120 Blätter vertreten, die in etwa 500,000 Exemplaren wöchentlich abgehen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— [Anträge.] Die Herren Graf v. Arnim-Boytzenburg, Dr. Stahl, v. Meding und Andere haben folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, daß sie in reifliche Erwägung nehme, ob es nicht unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nothwendig sein möchte, zu dem unterm 17. Januar c. den Häusern des Landtags vorgelegten Budget einen Nachtrag einzubringen, nach welchem die Ueberschüsse der Jahre 1856 und 1857, der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 17. Januar 1820, Nr. I. letztes Alinea (Gesetzsammlung für 1820, Seite 21), gemäß, in den Staatsschatz gelegt, und die darauf im Budget jetzt angewiesenen einmaligen Ausgaben insoweit für dieses Jahr noch zurückgestellt werden. In den Motiven heißt es: Die allegirte, den Staatshaushalt und das Staatsschuldenwesen regulirende Kabinetsordre setzt fest, daß die Ueberschüsse der einzelnen Verwaltungsjahre zur Bildung eines Staatsschatzes verwendet werden sollen, und der Finanzminister selbst hat bei Vorlegung des diesjährigen Budgets im Abgeordnetenhause am 18. Januar c. anerkannt, daß grundsätzlich die reinen Ueberschüsse der Jahre 1856 und 1857, welche sich jetzt ergeben haben, diese Bestimmung erhalten müßten. Dagegen ist im Budget vorgeschlagen, 1,300,000 Thlr. davon zu den laufenden Abgaben des Jahres 1859 zu verwenden und den Rest mit 1,068,749 Thlrn. zur Deckung der etwaigen Mehrausgaben des Jahres 1858 zu reserviren, also nichts davon in den Schatz abzuführen. Daß der Besitz eines Schatzes bei den eigenthümlichen Verhältnissen des preußischen Staats eine politische Nothwendigkeit, und insbesondere die unerläßliche Bedingung seiner Kriegsbereitschaft ist, das wird jetzt wohl von Niemand mehr bezweifelt werden. Der sehr bedeutende Schatz, der bis zum Jahre 1848 durch die weise Sparsamkeit des Hochseligen und des jetzt regierenden Königs Majestäten aufgesammelt war, verschwand durch die traurigen Ereignisse jenes Jahres fast ganz, es ist aber ungeachtet aller Kalamitäten jenes und der folgenden Jahre wieder ein Bestand angesammelt, dessen Vorhandensein sich als äußerst nützlich erwiesen hat. Das jetzt vorliegende Budget ist von der Staatsregierung im Monat Dezember v. J. zu einer Zeit ausgearbeitet, als man noch in ganz Europa sich der Hoffnung auf einen für lange Jahre gesicherten Frieden glaubte überlassen zu dürfen. Die seitdem eingetretenen Ereignisse haben die Unsicherheit dieser Hoffnung bewiesen. Wir sind weit entfernt, die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens aufgeben zu wollen. Das aber glauben wir mit Sicherheit aussprechen zu können und zu müssen, daß das vorliegende Budget unter anderen politischen Konstellationen aufgestellt ist, wie sie jetzt liegen. Damit Preußen im Rathe von Europa die ihm gebührende Stimme mit Erfolg geltend machen kann, ist seine Kriegsbereitschaft die unerläßliche Bedingung. Ueberdies ist von der königlichen Staatsregierung bei früheren Gelegenheiten das Bedürfniß eines größeren Aufwandes für die Armee in Aussicht gestellt, und die Landesvertretung, welche diesen Aufwand aus Landesbeiträgen demnächst zu bewilligen haben würde, muß doch die anderweite Verwendung der zu seiner Deckung jetzt vorhandenen Mittel in ernste Erwägung nehmen, beziehungsweise diese Erwägung der königlichen Staatsregierung anheimstellen, und zwar dies um so mehr, als keineswegs darauf zu rechnen ist, daß in künftigen Jahren sich gleiche oder nur ähnliche Ueberschüsse ergeben werden, wie die diesjährigen. Unabweisliche laufende Ausgaben, wie die Vermehrung der Krondotation, die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen u. s. w. werden durch unsern Antrag nicht berührt. Bei der Feststellung des Budgets muß die Initiative noch viel mehr, wie bei allen anderen Gesetzesvorlagen in den Händen der Staatsregierung bleiben. Eine Umänderung wesentlicher Einnahme- oder Ausgabeposten, auf denen das ganze System beruht, von welchem aus das Budget aufgestellt worden, wie dem Abgeordnetenhause dazu allerdings das Recht zusteht, würde an sich eben so große Uebelstände herbeiführen, wie die Verwerfung des ganzen Budgets, welche dem Herrenhause zusteht. Ist es sonach das Wohl des Landes und die gegenwärtige Situation, welche uns zu diesem Antrage bewegt, so ist dabei doch auch ein Recht des Herrenhauses in Acht zu nehmen, daß nicht die Verausgabung der für den Staatsschatz bestimmten Summen als eine bloße Position des Budgets behandelt, und dadurch dem Herrenhause die freie Mitwirkung beschränkt wird, die ihm im Wege der Spezialgesetzgebung zustehen würde. — Es ist ein Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow eingegangen: „Das Herrenhaus wolle beschließen, an die königliche Staatsregierung den Antrag zu richten: Die Bestrafung der jugendlichen Verbrecher in kürzester Frist auf gesetzlichem Wege anderweit zu regeln. Motive: Das dringendste praktische Bedürfniß und der Beschluß des Herrenhauses im vorigen Jahre in Veranlassung der Petition des Schulrathes Alberti." Der Antrag ist durch die Unterzeichnung hinreichend unterstützt und wird der Justizkommission überwiesen.

— [Die VI. Kommission für Finanzsachen] besteht aus folgenden 15 Mitgliedern: Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Vorsitzender, Dr. v. Düesberg, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Waldow-Steinhöfel, Schriftführer, Hasselbach, Stellvertreter des Schriftführers, Freiherr v. Buddenbrock, Graf v. Schwerin, Dr. Brüggemann, v. Meding, v. Plötz, Freiherr v. Oldershausen, v. Brand-Lauchstedt, Graf v. Itzenplitz, Graf zu Dohna-Schlodien, v. Kleist-Retzow, Graf v. Maltzan.

Haus der Abgeordneten.

— [Lehrerpetitionen.] Die Wünsche der Lehrer in Bezug auf die Verbesserung ihres Einkommens und ihrer amtlichen Stellung sind Gegenstand von 5 Petitionen, welche an das Abgeordnetenhaus eingesendet worden. Drei derselben fordern eine Erhöhung der Lehrergehalte. Eine vierte Petition, von 20 Elementar-Schullehreru des Miłosławer Dekanats im Kreise Wreschen ausgegangen, beantragt: „1) daß die Volkslehrer nach Verdienst würdiger gestellt und zu Berathungen über Schulverhältnisse als praktische Männer herangezogen, 2) daß sie sorgenfreier und anständiger nach Bestimmung und Garantie besoldet, 3) daß ihnen nach einem 10jährigen aufrichtigen Wirken Verdienst um den Staat anerkannt und sie als Versorgungsberechtigte zu jeder anderen Branche des Staatsdienstes nach Kapazität zugelassen, und 4) daß sie nach makellosem mehrjährigem Wirken gleich anderen Staatsbeamten pensionirt werden." So allgemein diese Anträge gefaßt sind, hat sich die Kommission doch der eingehenden Erwägung derselben unterzogen. Die beiden ersten erledigen sich nach der bestehenden Gesetzgebung; eine weitere Zuziehung zu Berathungen über Schulangelegenheiten hält die Kommission nicht für angemessen. Wenn die Petenten, wie sie sagen, am Hunger- und Kummertuche nagen, so bedauert die Kommission, für die Erfüllung ihrer etwaigen Wünsche zunächst nicht mitwirken zu können. Der Weg zu Gewährung derselben ist, sich an die betreffende Bezirks-Regierung zu wenden. Die Petenten können von derselben um so leichter Abhülfe erwarten, als für die Provinz Posen bereits seit 1846 Mittel zur Verbesserung der Lage der Lehrer auch aus Staatsfonds zur Verwendung kommen. Der Antrag auf Versorgungsberechtigung ist, der Ansicht der Kommission nach, nicht vereinbar mit der Würde des eigenen Berufes der Petenten; es würde, wenn der Schulstand für eine Durchgangs-Station zu anderen Beamtenstellen erklärt würde, daraus Schulflüchtigkeit entstehen. Pensionsberechtigt sind die Elementarlehrer bereits, auch eine Norm für die Pensionshöhe besteht in dem größten Theile der Monarchie. Von 7 Lehrern der Stadtschule zu Königsberg i. N. wird darauf angetragen: „Das hohe Haus der Abgeordneten wolle geneigtest beschließen, daß die Volksschule zur Staatsanstalt erhoben und deren Lehrer den anderen unmittelbaren Beamten beigezählt werden." Bei den Berathungen, welche in der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Unterrichtswesen über diese Petitionen stattfanden, erklärte der Ministerialkommissarius, Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl: Die definitive Regelung der Frage, welche Minima die Volksschullehrer künftig zu fordern haben werden, damit ihr Gehalt ein auskömmliches sei, werde Aufgabe des Unterrichtsgesetzes sein und dabei die Lage der Lehrer und die lokaleu Verhältnisse ebenso wie die Vermögensverhältnisse der Gemeinden ihre Berücksichtigung finden müssen. In Bezug auf dieses Gesetz, sagte derselbe, daß der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bereits zu erwägen begonnen habe, ob und in wie weit die das Schulwesen und namentlich die äußeren Verhältnisse der Schule betreffenden Artikel der Verfassungs-Urkunde in eine zweckmäßige Ausführung gebracht werden können und daß derselbe in der Lage zu sein hoffe, den Erfolg seiner Erwägungen dem Hause in der nächsten Session mittheilen zu können.

Militärzeitung.

Miscellen. Nach authentischen Berichten betrugen die von Napoleon im Jahre 1812 durch Preußen nach Rußland geführten Truppenmassen (in dem Zeitraum von Anfang März d. J. bis zum Dezember) 491,953 Mann Infant., 96,579 Mann Kavallerie, 21,526 Mann Artillerie, wobei 164,446 Offizier-, Train- und Zugpferde, und 117,111 Pferde der Kavallerie und Artillerie, welche ungeheure Massen alle vom Lande verpflegt und erhalten werden mußten. Das Armeekorps des Marschalls Oudinot bildete bei diesem ungeheuren Zuge die erste in Preußen einrückende französische Truppe, die Divisionen Loison (Rheinbündler) und Leshi (Neapolitaner) die letzte Abtheilung. Das Armeekorps Davoust, das in Ostpreußen 14 Tage kantonnirte, verursachte allein einen Verpflegungsaufwand von täglich 27,000 Thlr. Der vom Lande geleistete Vorspann in diesem einen Jahre belief sich auf 77,420 Pferde und 13,294 Wagen. Der Verkauf an gleich geschlachtetem oder requirirtem Schlachtvieh wird von Ostpreußen allein auf 28,694 Stück Rindvieh, 4586 Kälber, einige 90,000 Schafe und gegen 11,000 Schweine gerechnet.

— In dem berühmten Werke „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des kais. russischen Generals Toll" befinden sich einige merkwürdige Aufschlüsse über die Verhältnisse im östreichischen Hauptquartier vor und gleich nach Eröffnung der Feindseligkeiten nach dem Waffenstillstande 1813, welche über manche bisher ganz dunkle Verhältnisse jener großen Zeit ein helles Licht verbreiten. So erfahren wir hier, daß der berühmte Sieger von Aspern, Erzherzog Karl, um deswillen zur Uebernahme des Oberbefehls der verbündeten Hauptarmee nicht einmal zur Sprache gebracht wurde, weil er einmal seit dem Feldzuge unter Suwarow, 1800, eine tiefe Abneigung gegen die Russen hegte, und um mit denselben nicht mehr in Berührung zu kommen, schon 1805 den Befehl in Italien übernommen hatte, wie noch weit mehr, weil man ihn am kaiserlich östreichischen Hofe im Verdacht hatte, 1809 mit Napoleons Hülfe für sich einen eigenen Thron in Böhmen erstrebt zu haben. Ferner giebt Toll die Beweise dafür, daß Kaiser Alexander, der die Bourbonen nicht leiden konnte, schon 1812 bei einer persönlichen Zusammenkunft in Abo Bernadotte den französischen Thron versprochen hatte, woraus denn auch das ganze, oft wahrhaft räthselhafte Benehmen des Kronprinzen von Schweden in den Jahren 1813 und 14 zu erklären, und noch erfahren wir, wie Hinsichts des Generals Moreau erst die Absicht vorlag, daß derselbe mit 40,000 französischen Kriegsgefangenen von der Seeseite her einen Einfall in Frankreich machen sollte. Zwar nicht neu, aber hier zum ersten Male durch Beibringung aufgefangener Briefe 2c. ist in dem Buche noch das Faktum, daß Metternich nach der Schlacht von Dresden mit Napoleon in eifrigen Unterhandlungen über den Rücktritt Oestreichs von der verbündeten Koalition stand, welche erst nach der Schlacht bei Kulm eine Unterbrechung erfuhren, und nach der Schlacht bei Leipzig endlich völlig fallen gelassen, aber bei den ersten Unglücksfällen in Frankreich um desto eilfertiger wieder aufgegriffen wurden. —p.

Aus polnischen Zeitungen.

Dem „Czas" wird aus Warschau geschrieben: Die Stadt Warschau, in welcher sich von Jahr zu Jahr immer mehr neue Gebäude erheben, verliert gleichwohl seine Physiognomie gar nicht. Mehrere die nach 20jähriger Abwesenheit unsre Hauptstadt wiedergesehen haben, bestätigen dies übereinstimmend. Aber in Kurzem, wohl schon in diesem Jahre, wird man daran gehen, viele Straßen zu erweitern, und dadurch wird sich die bisherige Gestalt Warschau's gar nicht unbedeutend verändern. Ein aus Beamten der Regierungskommission für das Innere und aus Mitgliedern des Magistrats zusammengesetztes Komité pflegt über diesen Gegenstand Berathungen. Man hat gegenwärtig die Erweiterung und Geradelegung dreier Straßen beschlossen, und zwar gerade derjenigen, auf denen der größte Verkehr ist: 1) die Bielanskastraße wird an der Stelle, wo sich die Münze befindet, durch das Abbrechen der Vordergebäude der letztern gerade gelegt und erweitert werdeu; 2) die sehr schmale Lindenstraße (wierzbowa ul.) wird ebenfalls durch Einreißung des ganzen rechts belegenen Pavillons und der zu dem Brühl'schen Palais gehörigen Stallungen sich um mehr als das Doppelte erweitern; 3) die Senatorstraße (senatorska ul.), deren Erweiterung durch das Abbrechen eines Hauses, der Nebengebäude des erzbischöflichen Palais und das Zurücksetzen der eisernen Gitter man beschlossen hat. Andere beabsichtigte Verschönerungen der Stadt hat man aus Mangel an Fonds auf spätere Zeit hinausgeschoben, da unser Magistrat mit Schulden überlastet ist. Der polnischen Bank schuldet er einige Millionen. Diese traurige Lage hat ihren Ursprung in den Zeiten der Administration des Fürsten Paschkiewicz. Nicht genug, daß man den Bau eines Theaters, eines Theils des Bollwerks und der neuen Anfahrt zur Weichsel, woraus der Magistrat nicht die geringste Einnahme schöpft, auf Rechnung der städtischen Fonds setzte, sondern man erschöpfte auch dieselben durch eigenmächtige Befehle, denen die Kommunalmittel erliegen mußten, durch Befehle z. B., die Möblirung der Wohnungen bald der Gouverneure, bald der Oberpolizeimeister 2c. zu beschaffen, worauf Millionen verwendet wurden. Der Magistrat mußte sich durch Aufnahme von Darlehnen retten, welche gegenwärtig den Etat belasten, und die er selbst bei immerwährender Erhöhung der Abgaben so bald nicht los werden wird. — Durch die Ausführung der erwähnten Projekte hat die Stadt großen Vortheil; aber das gewährt den Einwohnern, denen sich ein fortwährendes Steigen nicht nur der Lebensmittel-, sondern auch der Miethspreise fühlbar macht, durchaus keine Erleichterung. Man hat gar keinen Begriff, wie die Hauseigenthümer hier jedes Jahr die Miethspreise erhöhen. Einem bekannten hiesigen Pädagogen, welcher seit einigen Jahren ein höheres vierklassiges Unterrichtsinstitut errichtet hat, wurde während der letzten drei Jahre der Miethszins um 1000 Silberrubel gesteigert; vor einem Monat kündigt ihm der Eigenthümer an, daß er fortan noch 1000 Silberrubel mehr verlange. Andere Eigenthümer gehen allmälig auf demselben Wege fort; alljährlich erhöhen sie für jede Wohnung den Preis um 100—200 polnische Gulden. Der Miether hält ein, auch zwei Jahr diese Steigerung aus; im dritten oder vierten muß er ausziehen. So Mancher hat eine Wohnung für 800 polnische Gulden gemiethet; in einigen Jahren bis auf 1500 Gulden gesteigert, muß er nach einer wohlfeilern Vorstadt auswandern. Diese Wohnungstheurung drückt natürlich vorzugsweise die weniger bemittelte Klasse, Beamte und Handwerker, und sie wird immer schwerer wegen des Mangels kleiner Wohnungen. Zwar erheben sich jährlich schöne Gebäude, aber es wird nur für die Reichen gebaut. Fragt man nach dem Preise der Wohnungen, so erhält man zur Antwort: 10,000, 6000, 3000 polnische Gulden. Der Administrativrath des Königreichs wollte, indem er den Bau hölzerner Häuser auf bestimmten Baustellen an den Stadtgräben gestattete, den unbemittelteren Einwohnern eine Erleichterung bereiten. Aber das wnr nichts für die Kapitalisten, da der hohe Preis des Bauholzes und der Arbeiter einen solchen Bau fast so theuer machen würde, wie den großer und schöner Gebäude. Besser wäre es, wenn die polnische Bank auf ihre Kosten einige große Häuser erbaute, mit der ausschließlichen Bestimmung, zu Wohnungen für Beamte zu dienen. Hierbei riskirt die Bank ihre Kapitalien nicht, und wenn sie sparsam baut, kann sie dle gebräuchlichen sicheren Zinsen von den auf den Bau dieser Häuser verwendeten Kapitalien ziehen, während den Miethern eine Bürgschaft gegeben wäre, daß sie einer alljährlichen, ihre Mittel übersteigenden Miethserhöhung nicht ferner ausgesetzt wären. Ueberdies würde die Ausführung des Projektes selbst die Hauseigenthümer zwingen, ihre Anforderungen zu mäßigen. Indeß steht das Projekt leider, wie so viele andere, bisher nur auf dem Papier. Man spricht hier davon, daß auch der Generaldirektor der Schatzkommission die Absicht habe, für die Beamten seines Ressorts ein solches Haus zu bauen. — Durch den Bau der Brücke über die Weichsel hofft man eine allmälige Hebung der Vorstadt Praga. Aber es ist, als ob ein Fluch auf Praga laste. 1794 durch Suwarow zerstört, darauf 1806 durch die Franzosen in Ruinen gelegt, endlich 1831 durch uns selbst in Brand gesteckt, kann es sich nach allen diesen Verlusten nicht wieder aufrichten. Sogar die häufigen Märkte helfen nichts, denn Jeder zieht es vor, in Warschau zu bauen, da in Praga keine Bürgschaft für die Sicherheit des Eigenthums geboten ist. Der erste politische Sturm kann zur Folge haben, daß die Vorstadt in eine jenseit der Brücke gelegene Schanze umgewandelt wird, und dann ist der Untergang der Häuser unvermeidlich. Wenn man aber einmal die festen Grenzen einer solchen Schanze bestimmen und die Vorstadt an einen gesicherten Platz weiterrücken wollte, so könnte sie sich mit der Zeit in eine geräumige und bevölkerte Stadt verwandeln. Dann wird ein Theil unserer weniger bemittelten Einwohner mit Vergnügen nach Praga übersiedeln. Wir haben die zuverlässige Nachricht, daß ein unternehmender Kapitalist der Regierung einen dahin abzielenden Plan vorzulegen beabsichtigt. —x.

Lokales und Provinzielles.

○ Posen, 22. Febr. [Petition in Betreff des Ausscheidens der Stadt Posen aus der Provinzial-Feuerversicherungs-Sozietät.] In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 19. d. Monats wurde die an den gegenwärtig tagenden Landtag zu richtende Petition in Betreff des Ausscheidens der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuerversicherungs-Zwangsverbande genehmigt und von dem Magistrat und den Stadtverordneten vollzogen. Es ist darin zunächst gesagt, daß alle bisherigen diesfälligen Anträge erfolglos geblieben sind. Zwar habe schon in den Jahren 1854/55 die damalige Zweite Kammer das Gesuch der Stadt Posen wohlbegründet gefunden und dasselbe dem k. Staatsministerium zur Berücksichtigung überwiesen; der damalige Minister des Innern, Westphalen, habe jedoch im August 1856 den städtischen Behörden ein Reskript zugehen lassen, worin die Gewährung der Bitte für unzulässig erklärt wurde. Die Gründe, welche von dem Minister für die Zurückweisung geltend gemacht sind, werden sodann als nicht stichhaltig der Reihe nach widerlegt und demnächst darauf hingewiesen, daß die Ansicht desselben: „Die Beschwerde der Stadt Posen habe durch die unterm 6. Juni 1853 stattgehabte Revision des Feuer-Sozietäts-Reglements bereits Berücksichtigung gefunden", eine durchaus irrige sei, indem beispielsweise in dem genannten Jahr die Beitragssumme der Stadt von 25,547 Thlr., auf 25,311 Thlr. reduzirt, mithin nur um 236 Thlr. in Folge der beregten Revision herabgesetzt worden ist. Es wird darauf das schreiende Mißverhältniß nachgewiesen, worin die von der Stadt Posen Jahr für Jahr gezahlten Feuerkassenbeiträge zu den empfangenen Brandentschädigungen stehen. Beiträge sind geleistet vom Jahre 1837 bis zum Jahre 1857 inkl.: 435,838 Thlr.; dagegen an Brandentschädigungen gewährt: 90,553 Thlr., mithin in diesem Zeitraum mehr gezahlt, als zurückerhalten: 344,864 Thlr. Rechnet man dazu den Mehrbeitrag der Stadt vom Jahre 1804 bis inkl. 1836 im Betrage von 439,473 Thlr., so ergiebt sich die enorme Summe von 784,338 Thlr., welche unsere Stadt mehr beigetragen, als zurückerhalten hat. Sodann wird geltend gemacht, daß Posen eine Festung ist, und demnach für den einzigen Fall, daß ein ausgedehntes Brandunglück die Stadt heim-

(Fortsetzung in der Beilage.)

suchen könnte, nämlich in Folge kriegerischer Ereignisse, gar keine Entschädigung von der Sozietät zu beanspruchen hat, obgleich die Beiträge 3–4 Mal so hoch sind, als bei jeder anderen, ungleich mehr Sicherheit gewährenden Feuerversicherungs-Gesellschaft. Nur durch eine eigene, auf Gegenseitigkeit gegründete Sozietät, wie sie auch in Stettin und anderen Festungen besteht, kann für diesen Fall die nöthige Sicherheit gewährt werden. Die Petition schließt mit dem Antrage:

„Die Bestimmungen der §§. 1, 11, 12, 13 des Reglements vom 5. Juni 1836, wonach für die ganze Provinz Posen nur eine öffentliche Versicherungs-Sozietät bestehen soll, keine andere auf Gegenseitigkeit der Immobiliar-Versicherung gegen Feuersgefahr gerichtete Institution Wirksamkeit ausüben darf, jedes Gebäude bei der Provinzial-Feuerversicherungs-Sozietät versichert werden muß, und keinem Besitzer eines Gebäudes gestattet ist, irgend anderswo Versicherung zu nehmen, — in Beziehung auf die Stadt und Festung Posen außer Kraft zu setzen und den Grundbesitzern in derselben zu gestatten, eine eigene auf Gegenseitigkeit der Immobiliar-Versicherung gegen Feuersgefahr gerichtete Sozietät zu gründen."

Diesem Antrage soll, so bitten die städtischen Behörden, im Wege der Gesetzgebung Genüge geschehen.

< Lissa, 21. Febr. [Verspätete Eisenbahnzüge; städtisches Sparkassenwesen; Dr. Stolte's Vorlesungen; Theater; Witterung.] Die während der letzten Tage der vorigen Woche angehaltenen Weststürme haben fast überall ein verspätetes Eintreffen der Eisenbahnzüge zur Folge gehabt. Die sogenannten gemischten Züge, die in der sechsten Abendstunde von Breslau hier eintreffen sollten, konnten schon seit sechs Tagen, trotzdem stets zwei Maschinen zu ihrer Beförderung verwendet worden, die Fahrzeit nicht innehalten und mußten stets, um einen Zusammenstoß mit den am Abend durchgehenden Personenzügen zu verhüten, unterwegs liegen bleiben. In gleicher Weise erfolgte am 18. d. die Kreuzung der Frühzüge nicht fahrplanmäßig in Rawitsch, sondern auf dem hiesigen Bahnhofe, da auch die Stettin-Posener Dampfzüge um mehrere Stunden verspätet hier eintrafen. Nachdem sich der Sturm gestern einigermaßen gelegt, ist wohl wieder mehr Regelmäßigkeit auf der Bahn zu erwarten. — Der Magistrat veröffentlichte jüngst eine Uebersicht vom Zustande der hiesigen Sparkasse pro 1858. Derselben entnehmen wir, daß am Schlusse des Jahres die Gesammteinlagen einschließlich der kapitalisirten Zinsen 31,017 Thlr. 29 Sgr. betrugen. Nach Abzug der im verflossenen Jahre geleisteten Rückzahlungen im Betrage von 5379 Thlr. verblieben noch etwa 25,639 Thlr. an Einlagen. Zur Sicherheit der letzteren deponiren 9250 Thlr. an Hypotheken auf Grundstücke innerhalb der ersten Hälfte des Taxwerthes; ferner 16,386 Thlr. (Nennwerth 17,380 Thlr.) in kurshabenden Staatspapieren, Pfand- und Rentenbriefen 2c., so wie ein baarer Kassenbestand von circa 600 Thlr. Außerdem bürgt die Stadt Lissa auch noch mit ihrem Gesammtvermögen für die Sicherheit der Einlagen. Die ult. 1858 vorhandenen Einlagen umfassen 271 bis zu 20, 168 bis zu 50, 146 bis 100, 48 bis auf die Höhe von 200, und 7 bis über 200 Thlr. Den der Sparkasse seit drei Jahren angehörigen, zur Klasse der Dienstboten, Tagearbeiter, Handwerker und kleinen Ackersleute zählenden Sparern sind pro 1857 aus dem Provinzial-Hülfsfonds 513 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. an Prämien gewährt worden. Es erhielten hiervon 82 Sparer unter 50 Thlr. 15 Prozent, 31 Sparer von 50—100 Thlr. 10 Proz. Prämie. Die höchste Prämie betrug 9 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. — Am Freitag hielt Dr. Stolte, diesmal in Seifferts Hotel, wiederum vor einem sehr gebildeten Publikum eine dritte Vorlesung seines „Faust". Nachdem er für die neu hinzugetretenen Zuhörer einen kurzen innern Zusammenhang seiner Dichtung, der Anlage und Beziehungen der einzelnen Theile derselben, insbesondere aber deren Abweichung vom Göthe'schen Faust gegeben, trug er uns seinen Dialog zwischen „Faust und Guttenberg" vor, der voll Tiefe der Gedanken und der poetischen Reflexion sichtbar auf die Zuhörer eine sehr befriedigende Wirkung hervorrief. — Theaterdirektor Gehrmann wird uns Ende dieses Monats verlassen und demnächst in Fraustadt eine Anzahl von Vorstellungen geben. Die Achtung, die er sich mit seinem Institute bereits früher im hiesigen Publikum erworben, hat er sich durch gute Leistungen auch diesmal zu erhalten und zu erhöhen gewußt. Wir fanden insbesondere in der jüngsten Zeit die Vorstellungen von Zuschauern besucht, von denen wir uns nicht zu erinnern wissen, daß sie hier früherhin je ein Theater besucht hätten. — Seit vorgestern hat die Witterung von Neuem einen Umschlag genommen. Eine dünne Schneedecke und ein gelinder Frost verleihen der Natur das winterliche Ansehen wieder. In dieser milden Gestalt darf der Nachwinter keine weitere Besorgniß erregen, und unsere Landwirthe sagen: „Besser jetzt, als später!" In der Umgegend von Glogau vernahm man am Freitage ein ziemlich starkes Gewitter, das kluge Leute für den Vorboten eines strengen und empfindlichen Nachwinters halten wollen. Die Zeit wird's lehren!

N Meseritz, 21. Febr. [Petition; Volkszählung; Ministerialerlaß; Versetzung.] In der letzten Sitzung der Stadtverordneten war die Realschulangelegenheit Hauptgegenstand der Besprechung. Es wurde nämlich der Antrag eingebracht und ohne Widerspruch angenommen, auch von hier aus eine Petition um Wiedergewährung der den Realschulen durch den bekannten Ministerialerlaß entzogenen Rechte dem Hause der Abgeordneten vorzulegen. Die hiesige Petition dürfte sich übrigens insofern von denen anderer Städte unterscheiden, als sie eben nur diesen einen Punkt im Auge behält und von der Bitte, den Abiturienten der Realschulen unter gewissen Beschränkungen auch den Zutritt zu den Universitäten zu gestatten, vorläufig noch Abstand nimmt. Man ging dabei von der wohl richtigen Ansicht aus, daß es im Interesse der Realschulen liege, die eine Kardinalfrage vorerst zur Entscheidung zu bringen. — Unserem Wochenblatte entnehmen wir folgende statistische Notizen. Nach der letzten Volkszählung hat der Kreis Meseritz 42,962 Einwohner, 21,131 männlichen und 21,831 weiblichen Geschlechts; die Zahl der Familien beträgt 9,023. Dem Religionsbekenntniß nach sind 23,422 evang. Christen, 17,952 kathol. Christen, 1588 Juden. Von den letzteren kommen auf Bentschen 308, auf Betsche 106, auf Brätz 130, Meseritz 715, Tirschtiegel 287 und auf das platte Land 42. In Städten leben 12,369 Einwohner, auf dem Lande 30,593. — Aus obiger Quelle erfahren wir auch, daß sämmtlichen k. Gerichtsbehörden ein Ministerialerlaß zugegangen ist, wonach sie schleunigst ein Verzeichniß derjenigen Personen einzureichen haben, die wegen politischer Vergehen verurtheilt worden sind und ihre Strafe noch nicht abgebüßt haben. Man schließt daraus auf eine nahe bevorstehende Begnadigung oder Strafmilderung. — Unsrer Realschule steht binnen Kurzem ein neuer Lehrerwechsel bevor. Einer der jüngeren Lehrer folgt einem ehrenvollen Rufe an das Gymnasium zu Krotoschin und verläßt bereits zu Ostern die hiesige Anstalt.

F Neutomysl, 20. Februar. [Ein ehrlicher Finder.] Gestern verlor der Lehrling eines hiesigen Kaufmanns auf dem Wege vom Geschäftslokal zur Post einen Brief mit 500 Thlr. Papiergeld. Bei der Rückkehr von der Post versuchte er seinem Prinzipal glaublich zu machen, er habe den Postschein verloren. Die Unwahrheit kam jedoch bald an den Tag und der Lehrling entging seiner vorläufigen Verhaftung und deren Folgen nur durch die eingehende Nachricht, daß der Brief von dem Gastwirth Bruck aus Kuczlin (Kr. Buk) gefunden und bereits der Behörde abgeliefert sei. Wenngleich man nun von einem wegen seiner Redlichkeit und Biederkeit so allgemein geachteten Manne, wie der Finder ist, eine Verheimlichung des Fundes nicht erwarten konnte, so verdient seine Handlungsweise dennoch rühmliche Erwähnung, da er nicht nur sofort freiwillig auf das ihm zustehende Findegeld verzichtete, sondern auch bei dem Prinzipal nicht eher mit Bitten nachließ, bis dieser dem Lehrling verziehen und die ausgesprochene Entlassung aus dem Geschäft zurückgenommen hatte.

r Wollstein, 21. Febr. [Synagogenbau in Bomst; plötzlicher Todesfall; Sturm.] Die Bestrebungen des jüdischen Gemeindevorstandes in Bomst, in Betreff des höchst nothwendigen Neubaues der dortigen Synagoge, sind leider nicht von Erfolg gekrönt, und es steht zu fürchten, daß diese Angelegenheit gänzlich ins Stocken gerathen wird. Die gestattete Hauskollekte bei den jüdischen Gemeinden hat nur etwas über 250 Thlr. eingetragen, und der seit Jahren in der Gemeinde selbst gesammelte Synagogenbaufonds beträgt ebenfalls nur einige Hundert Thaler. Die noch fehlende bedeutende Summe durch eine Repartition auf die dortigen größtentheils unbemittelten Gemeindeglieder aufzubringen, ist eine Unmöglichkeit. Nur ein Weg würde voraussichtlich zum Ziele führen, wenn nämlich die sämmtlichen Gemeinden des preußischen Vaterlandes eine Hauskollekte zu diesem Zwecke veranstalteten, und wird sich der Gemeindevorstand in Bomst dieserhalb mit einer Immediateingabe an die höchste Stelle wenden. — Der Eigenthümer Thomas aus Neu-Kramzig, der vorgestern hier eine Verschreibung aufnehmen lassen wollte, wurde, als er sich aufs Gericht begab, von einem Blutsturze befallen und blieb, trotz sofort angewandter ärztlicher Hülfe, auf der Stelle todt. — Der orkanartige Sturm, der namentlich in der Nacht vom 18.—19. d. gewüthet, hat uns nicht unbedeutenden Schaden an Gebäuden angerichtet.

ξ Bromberg, 21. Febr. [Landwirthschaftlicher Verein; Getreidepreise; Verurtheilungen; Theater.] In der vorigen Woche hielt der landwirthschaftliche Verein des Bromberger Kreises hier eine ziemlich zahlreich besuchte Versammlung. Den Vorsitz führte diesmal Rittergutsbesitzer Rahm aus Woynowo. Nach verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen gelangte die Einrichtung von Strick- und Nähschulen auf dem Lande wieder zur Besprechung, und die Versammlung beschloß, neben den drei im hiesigen Kreise bereits bestehenden Schulen noch eine vierte zu errichten. Man bewilligte als Gratifikation für die betreffenden Lehrerfrauen der vier Schulen die Summe von 20 Thlr. — Nächstdem wurde der Vorschlag gemacht, in hiesiger Gegend Kulturversuche mit verschiedenen Gräsern zu machen, und eine Kommission gewählt, der man aus der Vereinskasse 30 Thlr. zum Ankaufe von Gräsern zur Disposition stellte, und welche später Bericht über die Versuche abstatten soll. — In Betreff der Errichtung eines Pferdemarktes am hiesigen Orte will man sich nun mit einem Gesuche an den Landtag wenden. — Zum Schlusse fand eine längere Berathung über ein in diesem Jahre hier zu arrangirendes landwirthschaftliches Fest statt. Man schlug für die Ausführung dieses Festes den August vor; es soll bestehen in einem Pferderennen (Bauernrennen), einer großartigen Blumenausstellung, einer Ausstellung von landwirthschaftlichen Geräthen 2c. Auch wurde ein Festkomité gewählt und für die nöthigen Arrangements 50 Thlr, aus der Kasse bewilligt. — Die Getreidepreise halten sich, unbedeutende Schwankungen abgerechnet, bei uns ziemlich auf der Höhe des vorigen Monats: Weizen 60—70, Roggen 38—43, große Gerste 38—42, kleine Gerste 30—36, Hafer (26 Scheffel) 27—30 Thlr., Erbsen 65—70 Thlr. Der Ctr. Heu kostet 1 Thlr. 10 Sgr., das Schock Stroh 8—10 Thlr. Für Kartoffeln zahlt man pro Scheffel 15—18 Sgr. Die Zufuhr ist gegenwärtig sehr unbedeutend; von Kujavien kommt fast gar kein Getreide zur Stadt. — Der Altsitzer Joseph Mrugowski zu Vorstadt Polnisch Krone hatte das ihm früher gehörende Grundstück seinem Sohne, dem Käthner Joh. Mrugowski, abgetreten, sich jedoch die Hälfte der Obstnutzung vorbehalten. Als er nun in Ausübung dieses Rechtes im Septbr. v. J. die Obstbäume in dem Garten seines Sohnes schütteln wollte, eilte dieser in großer Aufregung herbei, stieß den Vater zu Boden, zerkratzte ihm den Hals und schlug ihn auf unbarmherzige Weise. Die hiesige Kriminaldeputation ahndete diese am leiblichen Vater ausgeübte Mißhandlung mit 3 Monaten Gefängnißstrafe. — Die unverehelichte Constantia Januszewska aus Dziedzinnek wurde wegen Aussetzung ihres 14 Tage alten Kindes zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Gestern Abend wurde im Theater „Hamlet" gegeben, worin Herr Friedrich Devrient, und zwar in der Titelrolle, gastirte. Die geistvolle Auffassung und Durchführung der schwierigen Rolle trug dem Gaste einen nicht enden wollenden Applaus ein. Nach jedem Akte wurde Hr. D. stürmisch gerufen. Heute tritt der Gast noch im „Glas Wasser" als „Bolingbroke" auf.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 20. Februar. Kahn Nr. 146, Schiffer Fried. Schwabe, von Stettin nach Schrimm mit Steinkohlen; Kahn Nr. 1637, Schiffer Gust. Bierhalz, von Magdeburg nach Posen mit Gütern.

Am 21. Februar. Kahn Nr. 1178, Schiffer August Scheider, und Kahn Nr. 1764, Schiffer Karl Hohenstein, beide von Magdeburg nach Posen mit Gütern.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Februar.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Peschel aus Berlin, Pepler aus Mainz, Kiesewetter aus Jauer und Reiche aus Zantoch, einjähriger Freiwilliger im 14. Inf. Regt. Repilly aus Bromberg, die Rittergutsb. v. Gajewski aus Wollstein, v. Karczewski aus Czarnotka, Graf Czapski und Partikulier Graf Czapski jun. aus Bukowiec, Schiedsrichter v. Kiedzynski aus Trzemeszno, Landschaftsrath v. Karczewski aus Lubrze, die Gutsb. v. Koscielski aus Smielowo, v. Swięcicki aus Szczepankowo und Bergmann aus Zeelitz, Partikulier Wieczorkiewicz aus Bonikowo, die Oberamtmänner Opitz aus Lowencin und Burghardt aus Gortatowo, Verwalter Mittelstädt aus Grzybno. Rittergutsb. Graf Skórzewski aus Lubostron, Reg. Ref. Volkmann aus Breslau, Domänenpächter Burghard aus Węglewo, Frau Rentier Reiche nebst Tochter und Kaufmann Reiche aus Zantoch, Gutsb. v. Waligórski aus Rostworowo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. v. Treskow aus Polen und Lanz aus Wesel, Rentier Langner und die Kaufleute Hedinger aus Rawicz, Heinersdorff aus Berlin, Petsch und Thoms aus Stettin.

BAZAR. Gutsb. v. Skrzydlewski aus Solencin, Frau Gutsb. v. Radziminska aus Zdziechowice.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Koczorowski aus Izabella, v. Zakrzewski aus Baranowo und v. Kozłowski aus Kijewo, Hauptmann im 5. Art. Reg. Böckner aus Glogau, Asphaltfabrikant Schlesing aus Berlin, Probst Radzki aus Lubin, Dr. philos. Fabricius aus Altona, Kaufmann Goldstein aus Labischin.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. v. Kunowski aus Strzelno, Oberamtmann Blütgen aus Rawicz.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Palm aus Jankowice und Lüdemann aus Sędziwojewo, Frau Gutsb. Hoffmann aus Ruchocice, Justizrath Sattig aus Rogasen, Fabrikant Kriete aus Bremen, die Kaufleute Heyduck aus Neustadt-Eberswalde, Pfeiffer und Mülde aus Berlin, Meyer aus Frankfurt a. M., Werner und Erhardt aus Stettin, Brüning aus Ravensberg, Eschenhagen aus Dresden, Krotowski aus Glauchau, Philippsohn aus Breslau und Pollmann aus Bromberg.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbes. v. Twardowski und Frau aus Kempa, Gutsbes. Czwalina aus Kiszczynek, Gutsbes. Heickerodt jun. aus Plawce, Rechnungsrath Siewerth und Kanzlei-Direktor Fagiewicz aus Schrimm, Partikulier v. Korytkowski aus Swadzim, Baumeister Laue aus Obornik, Kaufmann Goldenring und Bäckermeister Hemmann aus Wreschen, Probst Morkowski aus Kucharki, Lehrer Morkowski und Frau aus Turkowo. Frau Rittergutsb. v. Rogalinska aus Ostrobudki, Partikulier v. Twardowski aus Gostyn, Frau Żołądkiewicz aus Lubasz, die Pröbste v. Karwowski aus Prochy und Prenatowicz aus Schrimm, Oberförster Peissert aus Buk und Oberamtmann Gaffke aus Słocin.

HOTEL DE PARIS. Agronom Makowski aus Polen, Bürger Bojanowski aus Węgorzewo, Probst Neumann aus Bronikowo, Verwalter Manulkowski aus Węgorzewo, Kaufmann Rogowski aus Wreschen. Bürger Majewski aus Lazisk und Gutsb. v. Sempołowski aus Gowarzewo.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Kroner aus Rawicz, Weyl aus Lissa, Bergas, Ephraim und Baron aus Grätz, Schlesinger aus Frankfurt a. O., Viehhändler Schwandt aus Neudessau. Sergeant Meyer aus Glogau, die Kaufleute Urban aus Breslau, Weinschenk aus Schwabach, Michalski sen. und jun. aus Mieścisko, Nathan aus Krotoschin.

EICHBORN'S HOTEL. Gutsb. Bordt und Krugbesitzer Brettschneider aus Imielinko.

GROSSE EICHE. Probst Frank aus Użarzewo.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Pflaum, Jungmann und Neustadt aus Rawicz, Wendriner aus Breslau, Buch und Gorski aus Kurnik, Cohn und Jablonski aus Grätz, Gutsb. Torn aus Polajewo, Kupferschmied Pleusch aus Gnesen. Die Kaufleute Brasch aus Birnbaum, Schiff aus Breslau, Borchardt aus Pinne u. Salomonski aus Neustadt b. P.

DREI LILIEN. Die Vorwerksbes. Kollat aus Stępuchowo und Szraybrowski aus Wyki, Gutsb. Gerber aus Waliszewo, Kaufmann Schüller aus Czarnikau.

KRUG'S HOTEL. Brauer Handtke aus Schmiegel, Schulamtspräparand Egel aus Pruczkowo, Stallmeister Hillemann aus Wirsitz, die Gutsb. Pollezki aus Stebenke und Krane aus Buszkowo.

ZUM LAMM. Vorwerksbesitzer Szeffin aus Szatniki und Gärtner Thomas aus Rudnik.

BRESLAUER GASTHOF. Leinwandhändler Bradel aus Zduny.

PRIVAT-LOGIS. Geistlicher Zientkiewicz aus Radom, Kränzelgasse 35.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung wegen Abraupen der Bäume.

Mit Geldbuße bis zu 20 Thlr. oder Gefängniß bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer im Frühjahr das rechtzeichtige Abraupen der Bäume unterläßt. §. 347 Nr. 1 des Strafgesetzbuches.

Unter Hinweisung auf diese Verordnung werden die Herren Gartenbesitzer der Stadt und Umgegend, so wie alle Besitzer von Baumanlagen und Alleen aufgefordert, das Abraupen der Bäume und Sträucher in ihren Anlagen und Besitzungen bis Ende März c. bewirken zu lassen.

Posen, den 19. Februar 1859.

Königliches Polizeidirektorium.

Edictal-Citation.

Die verehelichte **Barbara Wozinska** aus **Konary**, hat gegen ihren Ehemann, den Gärtner **Kaspar Wozinski**, unter der Angabe, daß derselbe sie 4 Wochen nach ihrer kurz vor Martini 1849 erfolgten Trauung, nach welcher sie ihren Wohnsitz in **Lagiewniki** bei **Pudewitz** genommen, verlassen und seitdem keine Nachricht von sich gegeben habe, wegen böslicher Verlassung auf Ehescheidung geklagt.

Der p. **Wozinski** wird daher aufgefordert, in dem auf

den 17. Juni 1859 Vormittags 11 Uhr

hierselbst vor dem Herrn Kreisrichter **Klemm** anstehenden Termine zu erscheinen und die Klage zu beantworten, widrigenfalls er der böslichen Verlassung für geständig, die Ehe deshalb getrennt und er für den allein schuldigen Theil erachtet werden wird.

Schroda, den 30. Januar 1859.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Holzanfuhr.

Die Anfuhr von 32 Klaftern Eichenklobenholz aus den **Rogasener** Forsten, Revier **Eckstelle**, soll im Wege der Submission ausgethan werden. Die näheren Bedingungen sind bei dem Domherrn **Grandke** (Dom Nr. 14) einzusehen. Offerten müssen bis zum 5. März c. abgegeben werden.

Posen, den 21. Februar 1859.

Das Metropolitan-Kapitel.

Mühlenstraße Nr. 3, eine Treppe hoch, ist eine Wohnung von 5 Piècen nebst Zubehör sofort oder vom 1. April c. ab zu vermiethen. Näheres im Lotterie-Bureau Markt 83.

Kl. Gerberstr. 6 ist vom 1. Juni c. eine bequeme Wohnung, 1 Treppe hoch, bestehend aus 6 heizbaren Piecen, Küche, Vorraths- und Mädchen-Kammer, dazu Bodenkammer, Keller, Holzgelaß, Remise, Stallung für zwei Pferde und Gartenpromenade zu vermiethen; auch ist daselbst ein Reitpferd zu verkaufen.

Kleine und größere Wohnungen sind vom 1. April c. ab zu vermiethen Wallischei Nr. 16.

Wilhelmsstr. Nr. 1 sind 2 möbl. Stuben zu vermiethen. Zu erfragen im Hofe 1 Treppe.

Breslauerstraße Nr. 30 vis-à-vis der Realschule ist ein zweifenstriges Parterre-Zimmer vom 1. April ab zu vermiethen. Näheres bei

Paul Jokowicz, Schumacherstraße Nr. 13.

Für eine Dampfmühle wird ein kautionsfähiger **Geschäftsführer** (Mühleninspektor) mit bedeutendem Einkommen engagirt.

Näheres bei **Aug. Götsch** in **Berlin**, alte Jakobsstraße Nr. 17.

Ein junges gebildetes Mädchen sucht als Gesellschafterin oder zur Stütze der Hausfrau in der Wirthschaft ein Engagement. Näheres bei Madame **Kausch**, Friedrichsstraße 28.

Ein junger Mann, welcher die Destillation und Buchführung erlernt und auch einige Zeit als Kommis fungirt hat, wünscht ein anderweitiges Engagement. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Ostrowek Nr. 3 ist ein Laden zu vermiethen.

Die Erben der verstorbenen Frau **Antonina Ostrowska** geb. **Sielska** wollen die Theilung des Nachlasses vornehmen, und machen dies allen Denjenigen, welche an die Nachlaßmasse Ansprüche zu haben vermeinen, mit der Aufforderung bekannt, ihre Ansprüche binnen drei Monaten bei dem Herrn Rechtsanwalt, Landgerichtsrath **Gregor** in **Posen** anzumelden, bei Vermeidung der im §. 141, Th. I. Tit. 17 des Allg. Landrechts bemerkten Nachtheile.

Am vergangenen Sonntag ist auf dem Wege von der Lindenstraße nach dem Hôtel de Vienne links an den Häuserreihen eine goldene Damenuhr verloren worden. Der ehrliche Finder wolle solche bei der Frau **v. Zielinska** im Hôtel de Vienne gegen eine angemessene Belohnung abgeben.

In unserem Verlage ist so eben erschienen und in **Posen** in der **Mittler**schen **Buchhandlung (A. E. Döpner)** zu haben:

Ergänzungen und Erläuterungen der preußischen Rechtsbücher

durch Gesetzgebung und Wissenschaft.

Unter Benutzung der Justiz-Ministerialakten und der Gesetz-Revisionsarbeiten.

Vierte Ausgabe

bearbeitet

von **Dr. Ludwig v. Rönne,**

Kammergerichts-Rathe.

Erster Band.

Ergänzungen des Allgemeinen Landrechts Theil I.

Erste Abtheilung: Ergänzungen des I. Theils.

Vierte Lieferung: Bogen 67—100. **(Schluß des 1. Bandes.)**

4. Preis 1 Thlr.

Diese vierte Ausgabe ist in 4 Bände eingetheilt und wird in 16 Lieferungen à 1 Thlr. bis Ende 1859 vollständig erscheinen.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei **(R. Decker)** in Berlin, Wilhelmsstr. 75.

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben, in **Posen** vorräthig in der **Mittler**schen **Buchhandlung (A. E. Döpner):**

Handbuch der Artillerie,

aus dem Französischen übersetzt von **B. v. Seydlitz.** 68 Bogen Text und 109 Tafeln Abbildungen. Preis 4 Thlr. — Vorstehendes ist eine Uebersetzung der neuesten (3.) Auflage des rühmlichst bekannten Aide-Mémoire à l'usage des officiers d'artillerie. Das letzte (8. Heft) wird in einigen Wochen fertig.

In unserem Verlage ist so eben erschienen:

Reglements für die telegraphische Korrespondenz im Deutsch-Oestreichischen Telegraphen-Verein und für die Benutzung der Preußischen Eisenbahntelegraphen zur Beförderung von solchen Depeschen, welche nicht den Eisenbahndienst betreffen. Vom 1. Januar 1859. **Amtliche Ausgabe.** gr. 8. in Umschlag geheftet Preis 7½ Sgr.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei **(R. Decker)** in Berlin, Wilhelmsstr. 75.

Familien-Nachrichten.

Heute Morgen 3 Uhr ist meine liebe Frau **Natalie** geborene **Vasalli** von einem muntern Knaben glücklich entbunden worden.

Posen, den 22. Februar 1859.

Sperling,

Regierungs-Haupt-Kassen-Oberbuchhalter.

Verein junger Kaufleute.

Mittwoch den 23. d. Mts. Abends 8 Uhr Vortrag des Herrn Oberlehrer Dr. **Haupt** über **Geschichte.**

Fünfter öffentlicher Vortrag des naturw. Vereins Mittwoch den 23. Februar c. um 5 Uhr Nachm. **im chemischen Laboratorium der Realschule.**

Herr Direktor Dr. **Brennecke** wird „Ueber Gewicht und Waagen" einen Vortrag halten.

Eintrittskarten sind in den Buchhandlungen der Herren **Döpner** und **Żupański** zu haben.

Stadttheater in Posen.

Dienstag drittes und vorletztes Gastspiel und zum Benefiz des Frl. **Henriette v. Bose**, erste Solotänzerin des königl. Hoftheaters in Dresden: **Die Stumme von Portici.** Große romantische Oper in 5 Akten von Auber. Fenella — Frl. v. Bose, als vorletzte Gastrolle. Masaniello — Herr Himmer, vom königl. Hoftheater aus Braunschweig, als Gast.

Mittwoch letztes Gastspiel des Frl. **Henriette v. Bose:** Der **dritte** Akt aus **Robert der Teufel.** Große Oper von Meyerbeer. Helena — Frl. v. Bose, als letzte Gastrolle. Robert — Herr Himmer, als Gast. Bertram — Herr Schön. Hierauf: **Er soll dein Herr sein.** Lustspiel in 1 Akt von G. v. Moser. Alsdann: **Der Schattentanz,** ausgeführt von Frl. v. Bose. Alsdann: **Der Weiberfeind.** Lustspiel in 1 Akt von Roderich Benedix. Zum Schluß: **La Bandaretta.** Spanischer Nationaltanz, ausgeführt von Frl. v. Bose.

In Vorbereitung: **Die lustigen Weiber von Windsor.** Zum Benefiz für Frl. Maschinka Holland.

Morgen Mittwoch, den 23. d. Mts., frische **Wurst** mit **Schmorkohl,** Berlinerstr. Nr. 27 bei **W. Mosdorf.**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Februar 1859.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84½	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „	100½	—	—
„ 3½ „ Prämien-Anl. 1855	—	115	—
Posener 4 „ Pfandbriefe	—	99	—
„ 3½ „ „	—	88	—
„ 4 „ neue „	89¼	—	—
Schles. 3½ „ Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	83	—	—
Poln. 4 „ „	—	89½	—
Posener Rentenbriefe	92¼	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	88	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	99½	—	—
„ Provinzial-Bankaktien	82½	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	90½	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen (pr. Wispel à 25 Schfl.) zu weichenden Preisen gehandelt, pr. Febr. 43⅓ bez., pr. Frühjahr 43½—5/12 bez., pr. April-Mai 43¾ bis ⅔ bez., pr. Mai-Juni 44½—5/12 bez., pr. Juni-Juli 45⅔—½ bez.

Spiritus (pr. Tonne à 9600 % Tralles) gut behauptet, loko (ohne Faß) 15 5/12—15 11/12, mit Faß pr. Febr. 16¼ Gd., pr. März 16⅓—5/12 bez., pr. April 16 5/12 bez., pr. April-Mai 16⅔ Gd., pr. Juni-Juli 17½ bez.

Thermometer- und Barometerstand,

so wie Windrichtung zu Posen

vom 14. bis 20. Febr. 1859.

Tag.	Thermometerstand. tiefster	Thermometerstand. höchster	Barometerstand.	Wind.
14. Febr.	— 1,0°	+ 3,2°	27 Z. 10,2 L.	SW.
15. „	+ 1,0°	+ 1,3°	28 „ 0,0 „	W.
16. „	+ 1,2°	+ 4,2°	27 „ 9,2 „	W.
17. „	+ 6,0°	+ 7,0°	27 „ 6,0 „	NW.
18. „	— 1,0°	+ 1,2°	27 „ 5,3 „	NW.
19. „	— 3,0°	— 1,0°	27 „ 9,8 „	N.
20. „	— 5,0°	— 1,0°	28 „ 2,0 „	N.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 21. Febr. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 5 Zoll

„ 22. „ „ 8 „ 3 „ 7 „

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Febr. Weizen loko 48 a 77 Rt. nach Qualität.

Roggen loko 46¾ a 47½ Rt. gef. nach Qualit., Febr. 46⅝ a 46½ Rt. bez. u. Br., 46¼ Gd., Febr.-März 46 a 45½ Rt. bez. u. Gd., 45¾ Br., p. Frühjahr 45⅞ a 45⅜ Rt. bez. u. Gd., 45½ Br., Mai-Juni 45⅞ a 45½ Rt. bez. u. Gd., 45¾ Br., Juni-Juli 46⅝ a 46½ Rt. bez. u. Gd., 46¾ Br.

Große Gerste 33 a 43 Rt.

Hafer loko 27 a 33 Rt., Febr. 31 Rt. Br., 30¾ Gd., Febr.-März 30½ Rt. Br., pr. Frühjahr 30¾ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 31 Rt. bez.

Rüböl loko 15⅓ Rt. bez. u. Br., Febr. 15¼ a 15⅛ Rt. bez., 15¼ Br., 15⅛ Gd., Febr.-März 15 Rt. Br. u. Gd., März-April 14⅞ Rt. Br., 14⅞ Gd., April-Mai 14 11/12 a 14⅞ Rt. bez., Br. u. Gd., Sept.-Okt. 13 11/12 a 13⅞ Rt. bez., 14 Br., 13⅞ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19⅝ a 19¾ Rt. bez., Febr. 19⅞ Rt. bez. u. Gd., 20 Br., Febr.-März 19⅞ Rt. bez. u. Gd., 20 Br., März-April 20 Rt. Br. u. Gd., April-Mai 20¼ a 20⅙ a 20¼ Rt. bez. u. Br., 20⅛ Gd., Mai-Juni 20 7/12 a 20½ Rt. bez. u. Gd., 20⅝ Br., Juni-Juli 21⅛ a 21⅙ Rt. bez., 21¼ Br., 21 Gd., Juli-August 21¾ a 21 7/12 Rt. bez., 21¾ Br., 21½ Gd.

Weizenmehl 0. 4 5/12 a 4¾ Rt., 0. u. 1. 3¾ a 4⅓ Rt. — Roggenmehl 0. 3½ a 3⅝ Rt., 0. u. 1. 3 1/12 a 3 5/12 Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Febr. Thauwetter bei bedecktem Himmel.

Weizen, loko pr. 85pfd. gelber 58 Rt bez., feiner 63 Rt. bez., p. Frühjahr 83—85pfd. gelber 62 Rt. bez., 61¾ Gd., 85pfd. Sonnabend 64½ Rt. bez., 64 Gd.

Roggen, loko 43½ Rt. bez., 77pfd. p. Frühjahr 43⅝, ½ Rt. bez. u. Gd., 43¾ Br., p. Mai-Juni 44 Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 44⅜, ½ Rt. bez., p. Juli-August 45 Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Geschäft.

Rüböl, loko 14 11/12 Rt. bez., p. Febr.-März 14⅝ Rt. Br., p. April-Mai 14 7/12 Rt. Br., p. Sept.-Okt. 14 Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß 19 % bez., p. Febr 18 15/16 % bez., p. Frühjahr 18⅛ % Br., p. Mai-Juni 18¼ % Br., ⅜ % Gd., p. Juni-Juli 17⅞ % bez., p. Juli-August 17¾ % Br.

(Ostsee-Ztg.)

Breslau, 21. Febr. Schönes heiteres Wetter. Thermometer früh — 4°.

Weißer Weizen 90—99 Sgr., Mittelsorten 60—73—81, gelber 56—63—75—91 Sgr., Brennerweizen 40—45—48 Sgr.

Roggen 52—54—57—59 Sgr.

Gerste 38—40—45—46 Sgr.

Hafer 30—33—37—40 Sgr.

Erbsen 64—67—70—81 Sgr.

Oelsaaten. Raps 118—125—131 Sgr., Sommerrübsen 80—92 Sgr.

Schlagleinsaat 5½—6 Rt.

Säeleinsaat 7⅔—8 Rt.

Rother alter Kleesamen 14—15½—16½—17⅔ Rt., hochfeiner 18 Rt., weißer 25—26—29 Rt.

An der Börse. Rüböl loko u. Febr. 15⅛ bez. u. Gd., Febr.-März und März-April 15 1/12 Gd., April-Mai 15⅛ bez. u. Br., Sept.-Okt. 14 Gd.

Roggen, Febr. u. Febr.-März 43¼ Br., März-April 43½ bez., April-Mai 44¼—44 bez., Mai-Juni 44¾ Br., Juni-Juli 45½ Br.

Spiritus loko 8⅛ Rt. Gd., Febr. u. Febr.-März 8½—11/24 Rt., März-April 8½ Gd., April-Mai 8 7/12 bez. u. Br., Mai-Juni 8 10/24 Br., 8¾ Gd., Juni-Juli 9⅛ Br.

Kartoffel-Spiritus (pro Eimer à 60 Quart zu 80 % Tralles) 8⅛ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Berlin, 19. Febr. Der Umsatz in Wolle war diese Woche nicht bedeutend. Die Fabrikanten hiesiger Gegend scheinen versorgt, und die Rheinländischen haben wenig Muth zu Unternehmungen. Aus Frankreich sind die Berichte sehr gedrückt. Die Fabrikation stockt daselbst sehr, und alle Spekulation ist gelähmt. Die wenigen Vorräthe auf unserm Platze werden sehr hoch gehalten. Von Kontrakten verlautet wenig.

Breslau, 18. Febr. Mit jedem Tage gestaltet sich das Wollgeschäft immer lebhafter auf unserm Platze, und Zufuhren, sowie Absatz sind gleich bedeutend. In dieser Woche sind über 2300 Ctr. aus dem Markt genommen worden, Wollen der verschiedensten Gattungen und Qualitäten, sowohl für Tuch, als für Kammgarn sich eignend, und haben Preise wiederum etwas angezogen. Am gesuchtesten sind die besseren polnischen Wollen in den achtziger Thlrn., sowie feine Kammwollen hoch in den sechsziger Thlrn. bis über 70 Thlr. Aber auch nach Gerber- und Schweißwollen ist viel Frage, und werdend ieselben von 66—73 Rt. bezahlt. Die Hauptkäufer waren Fabrikanten aus Guben, Spremberg, Sorau, Sagan, Görlitz und Krossen und Kämmer aus Sachsen, Großhändler aus Berlin und hiesige Kommissionäre. Daß bei einem so lebendigen Verkehre die Lust zum Kontrahiren neuerdings wieder erwachsen mußte, ist leicht zu erachten, und es sind bedeutende Abschlüsse in diesen Tagen mit ansehnlichem Avance gegen vorjährige Preise gemacht worden.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 21. Februar. 1858.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	78½ B
Aachen-Mastricht	4	28¾ B
Amsterd. Rotterd.	4	70-69½ bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	75½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	104-¼ bz
Berlin-Hamburg	4	103 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	124-22 bz
Berlin-Stettin	4	103 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	86 B
do. neueste	4	— —
Brieg-Neiße	4	46 bz
Cöln-Crefeld	4	69 B
Cöln-Minden	3½	133 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	49 bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Elisabethbahn	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	141 bz u B
Magdeb. Halberst.	4	182 B
Magdeb. Wittenb.	4	40¾-40 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	— — C. — —
Mecklenburger	4	48¾-48 bz
Münster-Hammer	4	91¾ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	93¼ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	55-52½-54¼ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	123½ bz
do. Litt. B.	3½	— —
Oest. Franz. Staat.	5	140½-39-40 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	35½-36 bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	56 bz
Rheinische, alte	4	83½ B
do. neue	4	— —
do. neueste	5	82 bz u B
do. Stamm-Pr.	4	90 G
Rhein-Nahebahn	4	50 bz u G
Ruhrort-Crefeld	3½	87 B
Stargard-Posen	3½	84¼ B
Theißbahn	5	— —
Thüringer	4	104 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	122½ G
Berl. Handels-Ges.	4	77 bz u G
Braunschw. Bk. A.	4	100 bz u G
Bremer do.	4	97¾ etw bz
Coburg. Kredit-do.	4	77 B
Danzig. Priv. Bk.	4	82 etw bz u B
Darmstädter abgst.	4	82-81½-¾ bz
do. Ber. Scheine	—	102 G
do. Zettel-B. A.	4	89½ G
Dessauer Kredit-do.	4	39¾-39 bz
Disk. Comm. Anth.	4	95 Pst bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	51½ etw-49 bz
Geraer do.	4	80½ bz
Gothaer Priv. do.	4	76½ G
Hannoversche do.	—	95 etw bz u B
Königsb. Priv. do.	4	83 B
Leipzig. Kredit-do.	4	66 bz u B
Luxemburger do.	4	75 B
Magdeb. Priv. do.	4	83½ G
Meining. Kred. do.	4	78 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	80½ Kl bz u B
Oestr. Kredit- do.	5	91-88-90-88½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	90 etw G
Posener Prov. Bank	4	81 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	134½ bz u B
Preuß. Handls. Ges.	4	— —
Rostocker Bank-Akt.	4	116 B
Schles. Bank-Verein	4	80¼ bz u G
Thüring. Bank-Akt.	4	70 etw bz u G
Vereinsbank, Hamb.	4	97½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	92¼ bz u G
Weimar. Bank-Akt.	4	92 etw bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	90¼ bz u G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	78 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	100 etw bz
Minerva, Bergw. A.	5	48 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	54 bz
Concordia	4	101¾ G inkl.
Magdeb. Feuerversf. A	4	210 B inkl.

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	91½ B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	102½ bz
do. II. Ser.	5	102½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	75½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	85½ G
do. II. Em.	5	101½ G
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	92½ B
Berlin-Anhalt	4	92¾ G
do.	4½	99 G
Berlin-Hamburg	4½	102¾ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90½ bz
do. Litt. C.	4½	99¼ B
do. Litt. D.	4½	98½ B
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	84 bz
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	— —
do. II. Em.	5	103 B
do.	4	89⅛ B
do. III. Em.	4	85 G
do.	4½	94¼ B
do. IV. Em.	4	85¼ B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	79¾ G
do. III. Em.	4½	84 B
Magdeb. Wittenb.	4½	93⅜ G
Niederschles. Märk.	4	92½ G
do. conv.	4	92½ G
do. conv. III. Ser.	4	90 B
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¼ G
Oberschles. Litt. A.	4	90 B
do. Litt. B.	3½	79 B
do. Litt. D.	4	— —
do. Litt. E.	3½	75½ B
do. Litt. F.	4½	93 G
Oestreich. Französ.	3	265-64 bz u G
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	91½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— — III. 94 G
Thüringer	4½	100 G
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	95¼ B

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100 B
Staats-Anleihe	4½	99½ bz
do. 1856	4½	99½ bz
do. 1853	4	94½ G
N. Präm-St-A 1855	3½	115 G
Staats-Schuldsch.	3½	84 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Oblig.	4½	— —
do. do.	3½	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	86¾ bz
do.	4	— —
Ostpreußische	3½	83¼ B
Pommersche	3½	86 B
do.	4½	93¾ bz
Posensche	4	99½ B
do.	3½	88 G
do. neue	4	88½ B
Schlesische	3½	— —
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	83 bz
do.	4	90½ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93¾ bz
Pommersche	4	94 G
Posensche	4	92 bz
Preußische	4	92¾ B
Rhein- u. Westf.	4	— —
Sächsische	4	— —
Schlesische	4	93⅜ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	69 etw bz
do. National-Anl.	5	73¾-72-½-¼ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	103 G
do. neue 100fl. Loose	—	60½ etw bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	103¼ B
6. do.	5	107 B
Englische Anl.	5	109¼ B
Poln. Schatz-O.	4	84½ etw bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	92¾ B
do. B. 200 Fl.	—	22¼ G
Pfdbr. u. in SR.	4	89¾ G
Part. O. 500 Fl.	4	88 B
Hamb. Pr. 100 BM	—	78 etw G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	41 etw bz u G
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	31½ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	93½ B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅓ bz
Gold-Kronen	—	9. 5¼ bz
Louisd'or	—	109⅜ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	458 bz u G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 24 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u G
Fremde Banknot.	—	99¼ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	— —
Oestr. Banknoten	—	100½ B NW 95¾ [bz
Poln. Bankbillet	—	91 etw bz
Bank-Disk. f. Wechs	—	4 %

Wechsel-Kurse vom 19. Februar.

Amsterd. 250 fl. kurz	—	142¾ bz
do. 2 M.	—	142¼ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	—	152⅛ bz
do. do. 2 M.	—	151⅛ bz
London 1 Lstr. 3 M.	—	6. 21¼ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	—	79 11/12 G
Wien öst. W. 2 M.	—	93½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	—	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	—	99¾ G
do. do. 2 M.	—	99⅓ G
Frankf. 100 fl. 2 M.	—	56. 28¼ G
Petersb. 100 R. 3 W.	—	100¾ B
Bremen 108 Tlr. 8 T	—	109½ G
Warschau 90 R. 8 T.	—	— —

Die heutige Börse war in etwas besserer Haltung und war mehr Geschäftslust als sonst vorhanden. Für die Spekulationspapiere wie für Eisenbahnaktien waren die Kurse rückgängig.

Breslau, 21. Februar. Oestr. Papiere im Kurse geworfen und Eisenbahnaktien ohne Umsatz.

Schlußkurse. Diskonto-Commandit-Antheile 95 bez. Oestr. Kredit-Bankaktien 91¼—91 bez. u. Br. Schles. Bankverein 81—80½ bez. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 87¼ Br. dito 3. Emiss. —. dito Prioritäts-Oblig. 84¾ Br. Oberschlesische Lit. A. u. C. 125¾ Br. dito Lit. B. —. dito Prioritäts-Obligat. 86 Br. dito Prior. Oblig. 93¼ Br. dito Prior. 74¼ Br. Oppeln-Tarnowitzer 38⅛ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 49⅜ Br.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Montag, 21. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Niedrige Notirungen von Wien und bedeutende Verkäufe verursachten einen Rückgang der meisten Effekten.

Schlußkurse. Neueste Pr. Anleihe 115¾. Preuß. Kassenscheine 104⅛. Ludwigshafen-Berbach 140. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88⅝. Londoner Wechsel 117⅝. Pariser Wechsel 93⅜. Wiener Wechsel 107½. Darmstädter Bankaktien 207. Darmstädter Zettelbank 222. Meininger Kreditaktien 76½. Luxemburger Kreditbank 73½. 3% Spanier 39. 1% Spanier 29⅛. Span. Kreditbank Pereira 460. Span. Kreditb. v. Rothschild 440. Kurhess. Loose 40⅜. Badische Loose 54½. 5% Metalliques 69½. 4½% Metalliques 58½. 1854er Loose 99½. Oestr. National-Anlehen 70. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 243½. Oestr. Bankantheile 967. Oestr. Kreditaktien 204. Oestr. Elisabethbahn —. Rhein-Nahebahn 55¾. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. —. Litt. C. —.

Hamburg, Montag, 21. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Bei lebhaftem Geschäft durchgehend flau.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 72. Oestr. Kreditaktien 88½. 3% Spanier 37¾. 1% Spanier 27¾. Mexikaner —. Stieglitz de 1855 100. 5% Russen —. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 81. Nordbahn 54. Diskonto —.

Amsterdam, Montag, 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. 67¼. 5proz. Metalliques Lt. B. 77¼. 5proz. Metalliques 65⅝. 2½proz. Metalliques 33¾. 1proz. Spanier 29½. 3proz. Spanier 39 13/16. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 101. Mexikaner 19¼. Wiener Wechsel, kurz 108½ Br. Hamburger Wechsel, kurz 35⅝. Holländische Integrale 64¼.

Paris, Montag, 21. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war sehr beunruhigt. Die 3% begann zu 67, 70, sank auf 67, 40 und schloß in etwas besserer Stimmung, aber wenig fest zur Notiz.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 60. 4½% Rente 97, 10. Credit mobilier-Aktien 757. 3% Spanier 29¼. 1% Spanier —. Silberanleihe —. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 531. Lomb. Eisenb. Akt. 502. Franz-Josephsbahn —.

London, Montag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr. Der Kurs auf London war in Newyork 109⅝—¾. In Fonds war es stille. Nach über Halifax von Newyork vom 10. d. eingetroffenen telegr. Nachrichten war der Preis von Middling Baumwolle 11⅛. Laut Bericht aus New-Orleans vom 9. d. war der Preis von Middl. Baumwolle 10¾—11.

Konsols 95. 1proz. Spanier 30. Mexikaner 20⅛. Sardinier 80½. 5proz. Russen 113. 4½proz. Russen 99⅝.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.